Nr. 159 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 79

Morgenausgabe

180 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat April 3900 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 7500 M., für das übrige Ausland 9000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 1200 M. Reklamezeile 6000 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 375 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 200 M. Stellengesuche das erste Wort 200 M., jedes weitere Wort 150 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Freitag, den 6. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Nach dem Mord der Hohn!

Düsseldorf, 5. April. (WTB.) Der stellvertretende Regierungspräsident in Düsseldorf, Oberregierungsrat Lutterbeck, hat an den General Denvignes folgendes Schreiben gerichtet:

Am 2. April hat der Herr Oberbürgermeister der Stadt Essen bei dem General Jacquesmot in schärfster Weise gegen die Bluttat am Karsamstag protestiert und Maßnahmen gefordert, die ähnlichen Mißbrauch der bewaffneten Macht ausschließen. Darauf schrieb der General am 4. April: „Die ganze Verantwortung fällt auf die Direktoren der Kruppwerke. Die Sanktionen, die Sie fordern, sind schon im Gange, da eine bestimmte Zahl dieser Direktoren verhaftet worden ist."

Angesichts der Ungeheuerlichkeit der Bluttat, angesichts der 13 Toten und der übrigen Opfer, unter denen noch heute verschiedene mit dem Tode ringen, angesichts der Entrüstung der ganzen Welt über dieses Ereignis muß die Antwort des Generals als ein

Hohn und ein Schlag ins Gesicht

empfunden werden. Ich bin sicher, Herr General, wenn Sie, wie es gestern ein von mir beauftragter Vertreter getan hat, das Krankenhaus in Essen besuchten und dort mit eigenen Augen die Qualen der Verwundeten sehen würden, daß Sie dann die Aeußerung, die Herr General Jacquesmot getan hat, als eine Aeußerung von nicht zu übertreffender Unmenschlichkeit bezeichnen würden. Wie ich flammenden Protest erhoben habe gegen das frivole Spiel mit Menschenleben, das seitens der französischen Truppenabteilung getrieben worden ist, so erhebe ich schärfste Anklage gegen diese unerhörte

Verhöhnung der Gefühle einer leidenden Bevölkerung.

Soll man also wirklich aus den Worten des Generals Jacquesmot entnehmen, daß er die Bluttat für gut und recht befindet und den Führer der Abteilung, welcher die Feuereröffnung gegen die wehrlosen Menschenmassen befohlen hat, von jeder Verantwortung freisprechen will? Mag der General so denken, so durfte nie und nimmermehr eine solche Aeußerung laut von ihm getan werden.

Von Ihnen, Herr General, erwarte ich, daß Sie den Befehlshaber veranlassen, Maßnahmen zu treffen, diesem frivolen Ton, wie er in dem Schreiben vom 4. April beliebt wird, ein für allemal ein Ende zu machen. Hat denn wirklich der örtliche Befehlshaber in Essen keinen Sinn für die Gefühle einer bis aufs Blut gepeinigten Bevölkerung?

Endlich bitte ich Sie, Herr General, dringend dafür Sorge zu tragen, daß die Verhandlungen gegen die Direktoren, auf deren sofortiger Freilassung ich nach wie vor bestehe, unter keinen Umständen vor der Beerdigung der Opfer stattfinden. Die Volksmasse ist in einer Weise erregt, daß sie eine gegen ihr eigenes Empfinden gerichtete Stellungnahme des französischen Kriegsgerichts nicht stillschweigend hinnehmen könnte. Es liegt also im eigenen Interesse der Besatzung, alles zu vermeiden, was vor der Beerdigung der allgemeinen Entrüstung neue Nahrung zuführen könnte.

Die Schußverletzungen der Essener Opfer.

Von dem Chefarzt des Kruppschen Krankenhauses, der zurzeit zum Chirurgenkongreß in Berlin weilt, erfahren wir noch folgendes über die Schußverletzungen:

Von den 28 Schußverletzten sind 11 der Verletzung erlegen. Von den übrigen 17 Schußverletzten weisen nur 2 Unterschenkelschüsse auf, ein Beweis, daß die Franzosen mitten in die Menge hineingeschossen haben. Von den 11 Toten weisen 5 einwandfreie Einschüsse von hinten auf. Diese Feststellung hat auch eine französische Arztkommission, bestehend aus einem Generalarzt und 2 Militärärzten, die am Dienstag vormittag im Kruppschen Krankenhaus die Leichen untersuchten, getroffen. Die Verwundeten wurden hingegen von der französischen Kommission nicht untersucht, aber auch bei den 17 Schußverletzten wiesen ebenfalls 9 Einschüsse von hinten auf, so daß von den 28 Schußverletzten 14 von hinten getroffen worden sind.

Die Massenausweisungen beginnen.

Das Schicksal der deutschen Eisenbahner.

Köln, 5. April. (WTB.) Die auf die Zermürbung des Widerstandes der Eisenbahner gerichteten Massenverfolgungen nehmen zu, sind jedoch erfolglos. Es sind neue Ausweisungen aus Dienstwohnungen und bahneigenen Mietswohnungen erfolgt. In sechs Orten erhielten sämtliche Inhaber von Dienstwohnungen den Räumungsbefehl.

Köln, 5. April. (Mtb.) In der Hauptwerkstätte Krefeld-Oppum sind Posten in den Werkwohnungen erschienen und haben mitgeteilt, daß sich am heutigen Tage die Beamten und Arbeiter entscheiden müßten, ob sie belgische Dienste annehmen würden, andernfalls ihre Wohnungen geräumt werden müssen. Ueber Ausweisungen aus Dienstwohnungen und bahneigenen Mietswohnungen wird aus Aachen, Kapellen, Holzheim, Bonn, Rheinbach, Neuwied, Jahr-Irlich und Dendorf gemeldet. In Menzelen, Pfalzdorf, Kleve, Goch, Niederdollendorf und Oberkassel haben sämtliche Dienstwohnungsinhaber den Befehl erhalten, ihre Wohnungen zu räumen.

Darmstadt, 5. April. (WTB.) Man rechnet mit Massenausweisungen von Eisenbahnern, da heute früh 10 Uhr die von den Franzosen gestellte Frist zur Räumung der Dienstwohnungen abgelaufen ist.

Ludwigshafen, 5. April. (Rb.) Nachdem die französische Aufforderung an die pfälzischen Eisenbahner, unter französischem Oberbefehl zu arbeiten, erfolglos geblieben ist, scheint die französische Besatzungsbehörde nun durch Massenausweisungen auf die Beamten einen weiteren Druck ausüben zu wollen. Heute sind aus der Pfalz etwa 60 Beamte ausgewiesen worden. Die Franzosen sind auch dazu übergegangen, die Ausweisungen ohne besondere Form durchzuführen. Die Ausgewiesenen erhalten keinen schriftlich begründeten Befehl mehr, sondern lediglich die Mitteilung, daß sie ausgewiesen werden, weil sie Eisenbahner seien. Die Ausweisung erstreckt sich auf alle Familienangehörige.

Zur Verhaftung Dr. Zechlins.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Ich habe soeben die in Düsseldorf erfolgte Verhaftung des Dr. Zechlin, Vertreters der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, erfahren.

Während meines langen Aufenthaltes im Ruhrgebiet als Berichterstatter des Madrider Tageblattes „El Imparcial" habe ich sehr oft die Gelegenheit gehabt, die geistvolle und höchst intelligente Tätigkeit des Dr. Zechlin zu bewundern. In seinen Beziehungen zu den ausländischen Journalisten zeigte er immer eine große Unparteilichkeit. Manchmal, nachdem er mir einige Auskünfte über die Lage im Ruhrgebiet gegeben hatte, fügte er hinzu: „Aber wollen Sie nicht einmal mit den Vertretern der französischen Regierung sprechen? Audiatur et altera pars!" Oder: „Heute, um 7 Uhr abends, wird Monsieur X. im Kaiserhof-Hotel den Standpunkt der französischen Regierung verteidigen. Verfehlen Sie nicht, dieser Besprechung beizuwohnen."

Ich kann behaupten, daß Dr. Zechlin alles getan hat, um uns unsere Arbeit zu erleichtern, und in der Verwirrung, die im Ruhrgebiet herrscht, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Sollte er eben aus diesem Grunde verhaftet sein?

Jedenfalls ist diese Verhaftung ein Gewaltakt, der den Führern der französischen Politik keine neuen Lorbeeren bringen wird, und den die ausländische Presse lebhaft bedauern muß. Mit solchen Methoden wird Herr Poincaré wohl wenig Beifall in der öffentlichen Meinung der Welt finden.

M. Tassin, Berichterstatter des „El Imparcial" von Madrid.

Die neuen Sanktionen.

Die französische und belgische Besatzung im Rheinlande und im Ruhrgebiet ist dazu übergegangen, die Durchsetzung von Reparationssachleistungen und Restitutionen selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zwecke sind von der Rheinlandkommission und dem militärischen Oberbefehlshaber besondere Verordnungen erlassen worden. Darin werden beschlagnahmt:

1. Waren und Erzeugnisse aller Art, die den Gegenstand von Bestellungen der alliierten Regierungen oder alliierter Staatsangehöriger bei der deutschen Regierung oder bei deutschen Staatsangehörigen auf Grund der Reparationsvorschriften bilden. Es handelt sich dabei sowohl um Bestellungen, die von deutschen Behörden für Reparationszwecke gemacht worden sind, als auch um französische und belgische Bestellungen von Reparationslieferungen im freien Verkehr;

2. die der deutschen Regierung gehörigen Vorräte an Maschinen, Vieh und sonstigen Gegenständen, die für Restitutionszwecke bestimmt sind. Dabei ist offenbar an die Regierungsläger gedacht, aus denen Lieferungen zur Ablösung der Restitution bewirkt werden;

3. alle Gegenstände, die alliierten Regierungen oder Staatsangehörigen gehören, gleichgültig in wessen Gewahrsam sie sich befinden. Damit wird die Fortführung der Restitutionen bezweckt.

Außerdem ist vorgesehen, daß Gegenstände aller Art, die der deutschen Regierung oder einem deutschen Lande gehören, für Reparationszwecke beschlagnahmt werden können.

Die deutsche Regierung hat dagegen bei der Gegenseite Verwahrung eingelegt und durch eine am 29. März 1923 erlassene Verordnung unter Strafandrohung verboten, derartige Lieferungen und Leistungen zu bewirken oder Handlungen vorzunehmen.

Münster, 5. April. (WTB.) In Bochum haben die Franzosen heute nachmittag sämtliche Großbanken militärisch besetzt und abgesperrt. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Paris, 5. April. Der „Temps" teilt mit, die Besatzungsbehörden werden in Zukunft nicht zuwarten, bis durch Sabotageakte Eisenbahnunfälle entstünden und dann höhere Persönlichkeiten verhaften, sondern sie hätten in jeder Ortschaft schon von vornherein eine Reihe von Persönlichkeiten vorgemerkt, die im Falle von Zugunfällen automatisch verhaftet würden.

Kompromiß oder Endlösung?

Die englisch-französischen Verständigungspläne.

Die Mitteilungen des Londoner „Daily Telegraph" über englisch-französische Pläne zur Lösung der Ruhrkrise finden um so mehr Beachtung, als die Geneigtheit besteht, sie mit der Zusammenkunft Loucheurs mit Lloyd George in Verbindung zu bringen. Man sieht in diesen Plänen auf alle Fälle den Versuch, für eine Wiederherstellung der englisch-französischen Entente eine sachliche Grundlage zu finden. So lebhaft es nun auch in Deutschland begrüßt werden würde, wenn Frankreich auf sein isoliertes Vorgehen verzichtete und sich dem wohlgemeinten Rat ruhig überlegender Freunde nicht mehr verschlösse, so wäre es doch im höchsten Grade bedauerlich, wenn man die Wiederherstellung der englisch-französischen Verständigung mit der Wiederholung alter Fehler beginnen wollte. Bisher ist es noch immer so gewesen, daß sich die Ententestaaten miteinander verzankten und wieder vertrugen und daß sie dann das Ergebnis der in ihrem Kreise erzielten Verständigung einem ungefragten Dritten, Deutschland, aufnötigen wollten. Die Folge war immer noch: Unmöglichkeit, die verhängten Diktate durchzuführen und neuer Streit. Eine Verständigung zwischen England und Frankreich, die wirklich fruchtbar werden soll, muß bei der Methode beginnen. Die Lösung kann nicht gebracht werden durch Vereinbarungen über Deutschland, sondern nur durch Vereinbarungen mit Deutschland. Die Vertreter des deutschen Volkes dürfen nicht erst vorgeführt werden, um das Urteil zu hören, sondern müssen als gleichberechtigte Teilnehmer zu den Verhandlungen hinzugezogen werden.

Aber auch dann wird es im Rechenexempel der Reparationen noch immer eine Unbekannte geben, die nicht errechnet werden kann. Die Möglichkeit, Reparationszahlungen auf dem Wege des Kredits flüssig zu machen, läßt sich nicht ermitteln ohne die Beteiligung Amerikas. Reparationsverpflichtungen werden erst dann ungestört erfüllt werden, wenn dem deutschen Volk die Ueberzeugung, man fordere Unmögliches von ihm, genommen ist, und wenn die großen Geldverleiher der Welt, d. h. vor allem die Amerikaner, ein solides Geschäft vor sich sehen und nicht, wie bisher, ein Gemisch von diplomatischen Kompromissen und gewaltpolitischen Experimenten wider die wirtschaftliche Vernunft.

Nur also durch Beteiligung Deutschlands und Amerikas an den Reparationsverhandlungen kann ein haltbares Resultat erzielt werden, und erst wenn diese Beteiligung gesichert ist, könnte man logischerweise dazu übergehen, die Summe festzusetzen, die Deutschland bezahlen soll. Die 50 Milliarden Goldmark, die der „Daily Telegraph" nennt, sind nach französischen und englischen Bedürfnissen berechnet, nicht aber nach der deutschen Leistungsfähigkeit. Die Arbeit muß aber damit beginnen, die deutsche Leistungsfähigkeit festzustellen, und da bezweifeln wir entschieden, daß man dann auf einen Betrag kommen wird, der die gewünschte Summe auch nur annähernd erreicht. Mit der Aufstellung unmöglicher Forderungen wird aber nichts anderes erzielt, als daß selbst die Erfüllung möglicher behindert und der Zustand der ewigen Unruhe, der ein wirtschaftliches Gedeihen nicht aufkommen läßt, erhalten bleibt.

Können die finanziellen Bedingungen des angeblichen englisch-französischen Plans auf Grund des Vertrages von Versailles Deutschland einseitig auferlegt werden, so steht es mit seinen territorialen Bestimmungen ganz anders. Das Saarland soll nach dem Friedensvertrag in dreizehn Jahren zu Deutschland zurückkehren können, wenn seine Bevölkerung in seiner Abstimmung diesen Wunsch äußert. Die Umwandlung des Saarlandes zu einem „autonomen Staat", der in Wirklichkeit nur ein französisches Anhängsel wäre, ist nicht möglich ohne die Aenderung des Vertrages von Versailles, d. h. nicht ohne die Unterzeichnung eines Abänderungsvertrages durch Deutschland. Kann man aber von Deutschland im Ernst erwarten, daß es aus freiem Willen einem Vertrag zustimmen wird, der dem Saarvolk das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf selbstgewollte Rückkehr zum Deutschen Reich nimmt?

Aehnlich, wenn auch ein wenig anders, verhält es sich mit der „Westrheinischen Republik", die politisch, von Preußen abgetrennt, einen integralen Teil des Reiches bilden, aber unter Aufsicht des Völkerbundes entmilitarisiert werden soll. Dieser Plan der „Entpreußung" ist selbst vom französischen Standpunkt aus höchst unpraktisch, da die Rheinlandbevölkerung, infolge der Okkupation, schärfer gegen Frankreich eingestellt ist als die Bevölkerung der unbesetzten Gebiete. Ein Freistaat Rheinland im Rahmen des Reiches würde die deutsche Außenpolitik schwerlich in franzosenfreundlichem Sinne beeinflussen.

Ganz abgesehen davon hat nach der deutschen Reichsverfassung die Rheinlandbevölkerung in Gemeinschaft mit der Reichsgesetzgebung selbst darüber zu entscheiden, ob sie preußisch bleiben oder einen Freistaat im Rahmen des Reiches bilden will. Dieses Recht der Selbstbestimmung würde jedenfalls sehr bald nach der Befreiung des Landes vom Okkupationsdruck lebendig werden, womit noch nicht gesagt ist, daß sich die rheinische Bevölkerung dann wirklich für die Los-

lösung von Preußen entscheiden würde. Auf alle Fälle geht der Weg zur Bildung eines westrheinischen Freistaats, wenn es einen solchen Weg überhaupt gibt, über die Befreiung vom äußeren Druck, nicht aber über die Vermehrung dieses Drucks. Das Rheinland ist nach dem Friedensvertrag deutsch und seine Stellung innerhalb des Reiches ist eine innerdeutsche Angelegenheit. Eine Aenderung dieses Rechtszustandes wäre nur durch einen neuen Vertragsschluß und durch eine Abänderung der Reichsverfassung möglich, die die Zustimmung von zwei Dritteln des Reichstages erfordert. Darum hat es gar keinen Zweck, über die „Entpreußung" der Rheinlande Pläne aufzustellen, ohne das deutsche Volk zu fragen, wie es über sie denkt.

Was schließlich die „Entmilitarisierung" betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß die Artikel 42 und 43 des Vertrages von Versailles Deutschland untersagen, auf dem linken Ufer des Rheins oder auf dem rechten bis zu einer Entfernung von 50 Kilometern Befestigungen zu unterhalten oder Truppen zusammenzuziehen. Nach Artikel 44 ist jeder Versuch Deutschlands, diesen Bestimmungen entgegenzuhandeln, als feindliche Handlung gegenüber sämtlichen Signatarmächten und als Störung des Weltfriedens zu betrachten. Von unserem Standpunkt aus ist nichts dagegen einzuwenden, daß es dabei verbleibt. Aber erlaubt muß uns sein, auf die Anomalie hinzuweisen, die darin besteht, daß die Errichtung einer deutschen Garnison in Mainz, oder in Köln oder in Essen als „Störung des Weltfriedens" betrachtet wird, während es nicht als Störung des Weltfriedens betrachtet wird, wenn französische Soldaten beliebig weit in deutsches Gebiet einmarschieren und friedliche Arbeiter erschießen.

Nichts soll uns lieber sein als die Entmilitarisierung Westdeutschlands, aber man soll doch nicht vergessen, daß dieses Gebiet seit bald fünf Jahren nicht deutsch, sondern ententistisch „militarisiert" ist in einer Weise, wie man es auch in den Zeiten des vergangenen preußischen Militarismus nie erlebt hat.

Man möge die Probleme der Reparation und der Okkupation mit Vernunft und Gerechtigkeit behandeln, denn eine andere Möglichkeit, ihrer Herr zu werden, gibt es nicht! Man bekommt sonst nur ein neues faules Kompromiß, das bis zur nächsten Krise vorhält, aber keine Lösung, die Ruhe schafft!

Unterredung Loucheur—Bonar Law.

London, 5. April. (Reuter). Im Anschluß an seine Zusammenkunft mit Lloyd George hat der vormalige Minister und Finanzsachverständige Loucheur eine Unterredung mit Bonar Law in Torquay gehabt, wo der britische Premierminister sich von den Anstrengungen der Parlamentssession erholt. Es verlautet, daß Loucheur dem Premierminister die Einzelheiten eines Wiederherstellungsplanes mitgeteilt hat, der von den gemäßigten Elementen Frankreichs unterstützt wird, und der umfaßt: 1. die Herabsetzung der Gesamtsumme der Wiederherstellungen, 2. die Ausgabe einer internationalen Anleihe und 3. eine internationale Garantie der Verträge.

Aufgescheuchte Wespen.

Aus einer deutschnationalen Schimpfepistel.

Der Griff ins Wespennest, den der preußische Minister Severing mit seinem Vorstoß gegen die völkischen Verschwörer unternahm, hat das ganze deutschnationale Insektentum aufschwirren lassen. Was an Liebenswürdigkeiten nur auszudenken ist, das wird dem energischen preußischen Minister an den Kopf geworfen. In Ost und West, in Süd und Nord sind sich die Deutschnationalen wenigstens in dem gemeinsamen Hasse gegen den sozialdemokratischen Minister mit ihren völkischen „Kameraden" einig. Ein Beispiel für viele: In Frankfurt a. M. erscheint ein deutschnationales Parteiorgan, die „Frankfurter Nachrichten". Aus einem einzigen Artikel dieses Blattes geben wir eine Blütenlese an Schimpfereien gegen Severing:

„Der preußische Innenminister nutzt die Abwesenheit des Reichskanzlers, der im Süden um die Einheit wirbt, aus, um eine lange vorbereitete Aktion in Szene zu setzen, eine Aktion, die den Sozialdemokraten sehr am Herzen liegt, da sie es aus verschiedenen Gründen sehr notwendig haben, ihr schwindendes Prestige aufzubessern. . . ."

Er hat eine „unglaubliche Hetze arrangiert, mit der man wieder einmal glaubt, gegen die „Reaktion" vorgehen zu müssen".

„An sich ist das, was jetzt Herr Severing getan hat, eigentlich nur das Fazit einer gut vorbereiteten Intrige. Aber dieses Fazit gewinnt eben noch ein besonders peinliches Gesicht dadurch, daß es ausgerechnet der preußische Innenminister ist, der diese unverantwortlichen Parteimachenschaften von offizieller Stelle zu einer Regierungshandlung zu stempeln wagt."

„. . . Sonst ist seine ganze Handlungsweise weiter nichts als eine demagogische Agitation niederster Sorte, eine Hetze zum Bürgerkrieg, die genau wie jede andere vor den Staatsgerichtshof gehört."

„. . . Ein Mann, der sich so sehr zum bloßen Werkzeug einer Partei herabwürdigt, wie der derzeitige preußische Innenminister Severing, hat dieses Wohl des Ganzen nicht im Auge gehabt. . . . Er hat einen schmählichen Verrat an der Reichsregierung begangen. . . ."

„Viel schwerer und belastender fällt ins Gewicht, daß mit diesem brutalen Parteimanöver, zu dem sich Herr Severing hergegeben hat, ein Keil in das deutsche Volk getrieben worden ist, der Norden und Süden jäh auseinander reißt."

„Vielleicht hat Herr Severing über die Parteibrille hinweg seinen Dienst an fremden Interessen auch nicht gesehen. Dann freilich können wir das deutsche Volk nur bedauern, das nicht einmal einen geschickten Parteiintriganten zum Innenminister hat, sondern nur einen in seiner dogmatischen Verbohrtheit ahnungslosen Sackträger des französischen Imperialismus."

Wie man sieht, verstehen die Deutschnationalen das Keifen fast so brav, wie etwa ein Verurteilter über seine Richter zu zetern pflegt. Das Verbot der Roßbach-Organisationen und der mit ihnen so eng verschwisterten „Deutschvölkischen Freiheitspartei" hat die Deutschnationalen selbst noch gar nicht einmal betroffen. Wenn sie trotzdem schon in dieser Tonart loslegen, so läßt das darauf schließen, daß sie mehr für die Verschwörer empfinden als, um mit Herrn Schlange zu reden, nur „kameradschaftliche Gefühle". Was die Deutschnationalen aber hier gegen Severing sagen, trifft in voller Wucht das ganze preußische Staatsministerium, das bekanntlich nach Kenntnisnahme von dem beschlagnahmten Material die Maßnahmen des Innenministers einmütig gebilligt hat. Unwillkürlich steigt daher die Frage auf, was wohl unter der Regierung Wilhelms ein preußischer Staatsanwalt begonnen hätte, wenn er in einem Blatte eine solche Häufung von Beschimpfungen gegen einen Minister entdeckt hätte!

Lohneinkommen und Krankenkassenbeitrag.

Da die der Geldentwertung folgenden Krankenkassenbeiträge Summen erfordern, die im Haushalt des einzelnen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, ist es notwendig, die Frage zu klären, welche Einkommensberechnung dem Krankenkassenbeitrag zugrunde gelegt wird. In der Reichsversicherungsordnung fehlen darüber genauere Angaben. Das Gesamteinkommen setzt sich heute vielfach aus Grundlohn, Teuerungszulagen, Frauenzulagen und Kinderzulagen zusammen. Ist der Beitrag nur aus dem Grundlohn oder aus dem Gesamteinkommen zu errechnen? Nimmt man das letzte an, so ergeben sich mitunter die widersinnigsten Folgerungen. Ein verheirateter Handwerker ohne Kind z. B. gehört danach in die Stufe 9, geht aber infolge der Kinderzulage in die Stufe 10 über, sobald er ein Kind hat. Die Kinderzulage betrug für den Monat März 2500 M., der Krankenkassenbeitragsunterschied zwischen Stufe 9 und 10 1500 M. pro Woche. Von der Kinderzulage blieben dem Versicherten also nur 1000 M. Der Abstrich wirkt um so unsinniger, da die Krankenkasse keine Behandlung für Frau und Kinder gewährt. Zieht man in Erwägung, daß bei den Steuern für Frau und Kind gewisse Beträge freigegeben werden, so kommt man zu dem Schluß, daß auch bei der Einkommensberechnung für die Krankenkassenbeiträge ähnliche Grundsätze aufgestellt werden sollten.

Eine sonderbare Ernährungspolitik.

Bekanntlich hat die preußische Regierung für die weitere Getreidewirtschaft den Vorschlag gemacht, das zur Brotversorgung erforderliche Getreide im Inlande im Umtausch gegen Stickstoffdünger aufzubringen, um einerseits den Landwirten für ihr Getreide eine wertbeständige Bezahlung zu sichern und andererseits die Lebensmittelerzeugung zu steigern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Grundgedanken dieses Vorschlages aufgenommen und im Reichstage bei der Erörterung der diesjährigen Getreidebewirtschaftung vertreten. Gegen diesen Vorschlag ist das Stickstoffsyndikat Sturm gelaufen, das sich in die freie Verwertung seines Produktes und in die Preisgestaltung nicht hineinreden lassen will, und die Landbundgetreuen haben ihn abgelehnt, weil ihnen jede Form öffentlicher Bewirtschaftung verhaßt ist; sie wollen frei sein in Ausnutzung der Konjunktur. Die Reichsregierung hat u. a. eingewandt, daß die inländische Stickstoffproduktion zur Durchführung des Vorschlages nicht ausreiche und zur Einführung ausländischen Stickstoffs in Form von Chilesalpeter die Mittel fehlten.

Um so größeres Befremden muß es auslösen, wenn die uns zugegangene Nachricht sich bestätigen sollte, daß die Reichsregierung neuerdings im Hinblick auf die augenblickliche Absatzstockung der Stickstoffindustrie die Erlaubnis erteilt haben soll, 30 000 Tonnen Reinstickstoff aus inländischer Erzeugung nach dem Auslande auszuführen.

Uns erscheint diese Nachricht angesichts unserer Ernährungslage und des Hungers unseres heimischen Ackers nach Stickstoff so unglaublich, daß wir uns vorerst jeder Kritik enthalten. Den Reichsernährungsminister ersuchen wir aber dringend um schleunige Aufklärung.

20 Millionen Geldstrafe für Hitler.

Fünf Vorstandsmitglieder der Nationalsozialistischen Partei sind zu je vier Millionen Mark Geldstrafe resp. zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil die Partei im Januar 1921 zum Ankauf des „Völkischen Beobachters" rechtswidrig 40 000 Schuldscheine über je 10 Mk. ausgegeben hatte. Es ist sehr auffällig, daß die bayerischen Justizbehörden erst zwei Jahre nach der strafbaren Handlung einschreiten. Die Ausgabe der völkischen „Schuldscheine" erfolgte in voller Oeffentlichkeit. In der Presse war auf die Tatsache wiederholt hingewiesen worden. Es war auch vermerkt worden, daß die Nationalsozialistische Partei damit gegen das Bürgerliche Gesetzbuch und gegen das Strafgesetzbuch verstoßen habe. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß das Eingreifen der bayerischen Justizbehörde seine politischen Hintergründe hat. Sollten diese in dem Konflikt zwischen Hitler—Ludendorff und der Wittelsbacher Richtung zu suchen sein?

Das Verfahren gegen Roßbach.

Die Untersuchung gegen Roßbach und andere Mitglieder der ehemaligen Deutschvölkischen Freiheitspartei dürfte in nächster Zeit von dem Vernehmungsrichter, Landgerichtsdirektor Struckmann, an den Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes abgegeben werden. Die Wahl des Untersuchungsrichters ist noch nicht erfolgt, dürfte jedoch in den nächsten Tagen schon zu erwarten sein. Die Untersuchung wird in Berlin geführt werden. Im übrigen sind jetzt zwei Angeschuldigte, v. Bülow und Major v. Stephani, auf Antrag Justizrats Hahn gegen eine Kaution von je einer Million Mark auf freien Fuß gesetzt worden.

Oeffentliche Büchereien.

New York über Berlin.

Im Büchereiwesen, sowohl was die Reichhaltigkeit der öffentlichen Bibliotheken als was ihre Benutzung betrifft, ist Deutschland von Amerika längst auf die zweite Stelle herabgedrückt worden. Die amerikanischen Büchereien verfügen nicht über die alten Bestände an gedruckten Büchern und Handschriften, alles mußte neu angeschafft werden, aber die reichen Stiftungen der amerikanischen Milliardäre, Carnegies an der Spitze, setzen sie fortlaufend in Stand, die größten Aufwendungen zu machen.

Der Schöpfer der Kruppschen Bücherhalle in Essen, Dr. Paul Ladewig, hat kürzlich in einer kleinen Schrift über die Bibliothek der Gegenwart darüber einige Zusammenstellungen gegeben. Er vergleicht die fünf größten Bibliotheken New Yorks mit denen Berlins im Jahre 1913; dies ist das letzte Jahr, aus dem Vergleichsziffern vorliegen. Die größte allgemeine öffentliche Bücherei der Welt ist zurzeit die New York Public Library, die öffentliche Bücherei in New York; ihr fällt der Löwenanteil zu an Reichhaltigkeit und Benutzung. Wir geben im Folgenden nur die abgerundeten Zahlen, Bändezahl und Ausleihe im Jahre 1913 (wobei zu berücksichtigen ist, daß die Benutzung in den Lesesälen nicht mitgerechnet ist) für die fünf größten New Yorker Bibliotheken.

	Bändezahl	Benutzung
New York Public Library	2,1 Mill.	12,8 Mill.
Brooklyn Public Library	0,8 „	4,4 „
Columbia University Library	0,5 „	0,2 „
Mercantile Association Library	0,2 „	0,1 „
Pratt Institute Brooklyn	0,1 „	0,2 „
	3,7 Mill.	17,7 Mill.

Die Stadt New York mit ihren Vororten hatte damals rund 5,5 Millionen Einwohner, so daß auf einen Einwohner etwas über 3 Benutzungen kommen.

Vergleichen wir damit das Bild, das die größte Bibliothekstadt Deutschlands, Berlin, mit ihren fünf größten Instituten bietet:

	Bändezahl	Benutzung
Preußische Staatsbibliothek	1,5 Mill.	0,6 Mill.
Universitätsbibliothek	0,8 „	0,1 „
Stadtbibliothek Berlin	0,1 „	0,15 „
dazu die Volksbibliotheken	0,25 „	0,55 „
Städtische Bibliothek Charlottenburg	0,05 „	0,6 „
	2,2 Mill.	2,0 Mill.

Berlin und Vororte zählten damals rund 4 Millionen Einwohner, es kam also auf den Kopf eine halbe Benutzung im Jahre.

Die Benutzung der Büchereien durch das Publikum war in New York sechs- bis siebenmal so stark wie in Berlin. Viermal so groß war der Kostenaufwand, in New York 1,7 Millionen Dollar gegen 1,7 Millionen Mark in Berlin für alle fünf Büchereien zusammen.

Nun ist aber New York noch weiter Berlin überlegen. Es bestehen dort auch noch zahlreiche große Fachbibliotheken, die sämtlich von einem größeren Publikum stark benutzt werden, so daß sie als öffentliche Institute betrachtet werden können. Diese Fachbibliotheken haben oft bis zu 100 000 Bänden. In Berlin steht es nicht so günstig. Wir haben zwar auch eine Zahl von wissenschaftlichen Spezial- und Ressortbüchereien, die in gewissem Grade öffentlich zugänglich sind. Aber den Wettbewerb mit New York aufnehmen können wohl nur die Bibliotheken des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, die des Kunstgewerbemuseums und die des Patentamtes, und diese erfreuen sich eines starken Zuspruchs der Berechtigten. Die Büchernot in Berlin ist so groß, daß über das Reich hin bis vor kurzem (d. h. bis zu den erhöhten Posttarifen) viele Bücher nach Berlin erbeten wurden, weil die Umstände sich dabei immer noch vorteilhafter gestalteten, als wenn man die Bücher in Berlin selbst zu erreichen suchte. Von vielen Bücherbenutzungen wird aber täglich Abstand genommen, weil man Weitläufigkeiten, langsamen Dienst, Schwierigkeiten der Verwaltung u. dgl. glaubt scheuen zu müssen.

An dieser Stelle wäre der Hebel einzusetzen. Außerdem müßte es gelingen, da die öffentlichen Gelder noch lange spärlich fließen werden, auch bei uns die Hilfe von gebefreudigen Spendern mobil zu machen. Das Bibliothekwesen hat für die geistige Höhe des Volkes eine noch lange nicht genug geschätzte Bedeutung. Dr. M.

Die Ursache der Stauberplosionen. Die verschiedensten Staubarten haben bereits zu verhängnisvollen Explosionen geführt, und es gibt kaum eine Staubart, die nicht solche Gefahren in sich birgt. Ueber die Ursachen dieser Explosionen hat man aber lange Zeit falsche Vorstellungen gehabt, und erst jetzt ist das Richtige erkannt worden, wie Dr. R. Beyersdorfer, der selbst die maßgebenden Untersuchungen ausgeführt hat, in der „Umschau" hervorhebt. Die Ursache der Stauberplosionen hat er an dem Beispiel des Zuckerstaubes aufgeklärt.

Seit dem Jahre 1893 haben in Deutschland acht katastrophale, neun mittlere und über fünf kleinere Zuckerstauberplosionen ihre vernichtenden Kräfte entfaltet. Da der Staub nicht von allein explodieren kann, so mußte irgendeine Energie hinzukommen, und es war das Nächstliegende, diese Energie in Form von Wärme zu suchen. Die Ursache der Explosionen in stauberfüllten Räumen wurden also in dem Zusammentreffen von Staub und Wärme vermutet. Die feinsinnigsten Schutzmaßnahmen wurden ausgearbeitet, aber dennoch kamen weitere Explosionen vor. Man stand vor einem Rätsel, bis man die Erscheinungen, die durch Zuckerstaub hervorgerufen werden, eingehender untersuchte. Es lag nahe, nachzuforschen, ob nicht die staubförmigen festen Stoffe durch Reibung beim Zerkleinern elektrisch werden, und wirklich zeigte sich daß alle staubförmigen Stoffe, sei es nun Schwefel, Aluminium, Marmor, Mehl oder Zucker, sich beim Reiben elektrisch aufladen. Es gelang, durch Wirbeln aus dem Zuckerstaub Funken bis zu 1 Zentimeter Länge zu ziehen, was einer Spannung von etwa 25 000 Volt entspricht. Ja, man brachte es dahin, den Zuckerstaub in „kaltem" Zustand, d. h. bei einer Temperatur von 30 Grad Celsius, zur Explosion zu bringen. Auch im Mühlenbetrieb selbst wurden elektrische Aufladungen des Zuckers gemessen, und so zeigten die Laboratorien durch Betriebsversuche einwandfrei, daß als die Ursache die elektrische Erregung des Staubes in Frage kommt. Das Bedeutsame an dieser Erkenntnis der Ursache ist aber, daß damit auch der Weg zu Schutzmaßnahmen gegeben ist. Der Kampf gegen die Stauberplosionen muß bei der elektrischen Aufladung des Staubes einsetzen, und die Physik gibt die Mittel an die Hand, um die Elektrizität des Staubes abzuleiten bzw. zu neutralisieren.

Gute Lehren auf Briefmarken. Die in Deutschland und in der Schweiz seit einigen Jahren eingeführte Reklamestempelung der Marken hat auch im englischen Ausland Eingang gefunden, und zwar war es Kanada, das dort mit dem Beispiel voranging. Man benutzt dort die Briefmarken besonders zu dem Zweck, dem Publikum allerlei nützliche Lehren zu vermitteln. Diese Vermittlung geschieht dort auch in der Weise, daß neben dem üblichen Poststempel quer über die Marke ein Spruch oder eine Mahnung gedruckt wird. Eine der beliebtesten Mahnungen spricht sich in den Worten aus: „Schreibe oft und halte die Beziehungen zu der Familie aufrecht." Andere derartige Aufdrucke lauten: „Arbeite selbst und sorge daneben, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, für Arbeitsgelegenheit!" — „Suche für dein Teil an der Verhütung von Waldbränden beizutragen!" Und endlich: „Vergiß bei der Aufschrift Straße und Hausnummer nicht!" Der irische Freistaat druckt seinen Marken auf: „Werbe irisch!" Die britische Post mahnt: „Telegraphiere nach Kanada, Australien und Neu-Seeland Via Imperial!" und druckt daneben auf Millionen von Briefumschlägen eine Einladung zum Besuch der im nächsten Jahre in London stattfindenden Briefmarkenausstellung.

Fehlt nur noch die Inschrift: „Gute Lehren sind billig — wie Briefmarken."

Malatos Verjüngung. Charles Malato, einer der bekanntesten Führer und literarischen Theoretiker des romanischen Anarchismus, hatte sich entschlossen, zur Behebung des durch das Alter bedingten Nachlassens seiner geistigen Spannkraft die Dienste des Professors Woronow, des Pariser Steinach, in Anspruch zu nehmen. Wie Malato in einem Pariser Kommunistenblatt berichtet, dauerte die ganze Operation kaum eine halbe Stunde. Sie wurde nicht in der Chloroformnarkose ausgeführt, sondern es genügte lokale Anästhesie der betreffenden Körperstelle, auf die die einem Affen entnommene Keimdrüse überpflanzt wurde. Der operierte Malato ist überzeugt, daß die Operation ihn befähigen wird, seine Arbeiten mit erhöhter geistiger Frische zu Ende zu führen.

In der Großen Volksoper wird das Gastspiel der russischen Sängerin Zinaida Kurjenskaja verlängert. Sonntag tritt sie wieder als Marfa in der „Zarenbraut" auf.

Zwei Opernvorstellungen zu volkstümlichen Preisen veranstaltet der Volksbühnbund Sonnabend, den 14., nachmittags 2½ Uhr, „Lohengrin" im Theater des Westens und Sonnabend, den 21., nachmittags 2½ Uhr, „Die lustigen Weiber" im Deutschen Opernhaus.

Deutsche Musik in Moskau. Gustav Brecher ist, wie das Hamb. „Fremdenblatt" erfährt, aufgefordert worden, im April in Moskau eine größere Anzahl von Orchesterkonzerten zu dirigieren. Die Konzerte werden veranstaltet von der russischen Staatskapelle, dem ehemaligen kaiserlichen Orchester, das sich bis heute in glänzender künstlerischer Verfassung (zwanzig erste Geiger) befinden soll. Die Programme stützen sich in der Hauptsache auf die Meisterwerke der deutschen Klassiker.

Das heilige Schwarz-Weiß-Rot.

Das preußische Oberverwaltungsgericht hatte schon zu Zeiten Wilhelms den Ruf, eine der reaktionärsten Einrichtungen des Staates zu sein. Man darf nur daran erinnern, daß der Graf von Westarp dieser richterlichen Behörde bis zum Jahre 1919 angehörte, um zu ermessen, von welchen Gesinnungen die höchsten preußischen Verwaltungsrichter beeinflußt waren.

Jetzt ist die Rechtspresse entzückt über ein Urteil, das das Oberverwaltungsgericht am 18. Januar d. Js. gefällt hat und das jetzt in der „Deutschen Juristenzeitung" mitgeteilt wird. Dieser höchste preußische Verwaltungsgerichtshof erklärt die schwarz-weißrote Fahne als unantastbar und bezeichnet es als Pflicht der republikanischen Polizei, die Fahne des Kaisertums zu schützen. Wörtlich heißt es in dem Urteil:

„Nach Artikel 118 der Reichsverfassung hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. Darin liegt die Befugnis, auch seine politische Gesinnung innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze frei zu äußern, wie dies der Gerichtshof für die Beamten gemäß Artikel 130 im Urteil vom 17. Oktober 1921 ausgesprochen hat. Dort ist ausgeführt, daß dem Beamten nicht nur die Freiheit der bei ihm im Innern vorhandenen, in der Außenwelt nicht hervortretenden Gesinnung gewährleistet ist, sondern auch **die Freiheit, sich nach außen hin zu einer politischen Auffassung zu bekennen, wie sie von einer bestimmten politischen Partei vertreten wird.** Hiernach kann grundsätzlich in dem Mitführen von Fahnen oder sonstigen Abzeichen in einem Aufzug eine unzulässige Maßnahme auch dann **nicht** gefunden werden, wenn damit **eine politische Gesinnung bekundet wird, die nicht auf dem Boden der verfassungsmäßigen Staatsform** steht. Dies gilt auch für die Entfaltung von Fahnen in den früheren Reichsfarben in einem Aufzug eines auf dem Boden der Deutschnationalen Partei stehenden Verbandes. Wird eine solche an sich gesetzlich zulässige Kundgebung gestört, weil Dritte mit Gewalttätigkeiten gegen die Träger der Fahnen vorgehen, so muß die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung verpflichtete Polizei die an sich berechtigte Kundgebung schützen und pflichtmäßig gegen die ungesetzliche Störung dieser Kundgebung einschreiten."

Es ist durchaus begreiflich, wenn die Deutschnationalen dieses Urteil schmunzelnd als einen Erfolg buchen. Weniger begreiflich erscheint jedoch, daß sie gleichzeitig über mangelnde Freiheit in der Repubik zu klagen pflegen. Wenn man sich erinnert, daß noch vor wenigen Jahren regelmäßig von preußischen Polizeiorganen das Tragen roter Abzeichen verhindert wurde, daß man wegen Tragens roter Kranzschleifen oft die peinlichsten Störungen bei Begräbnissen erlebte und daß das Mitführen roter Fahnen derart verpönt war, daß ganze Polizeitrupps auf einen Zug junger Leute losgelassen wurden, die ein rotes Taschentuch an einen Spazierstock gebunden hatten; wenn man sich weiter erinnert, daß die Vorkommnisse zu endlosen Schikanen, Prozessen, schweren Geld- und Freiheitsstrafen führten und daß endlich das preußische Oberverwaltungsgericht alle diese Polizeimaßnahmen zu billigen pflegte mit derselben tiefgründigen Gelehrsamkeit, wie es heute das Gegenteil beweist, wenn sie daran denken, dann werden selbst Deutschnationale nicht mehr einen sehr wesentlichen Fortschritt in freiheitlicher Richtung bestreiten können.

Formaljuristisch mögen die Geheimräte vom Oberverwaltungsgericht recht haben. Aber wenn nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften die republikanische Polizei verpflichtet ist, die Fahne der niedergebrochenen Monarchie zu schützen, so erwächst ihr sicher auch die Pflicht, in gleicher Weise die kommunistische Sowjetfahne in Schutz zu nehmen, wenn deutschvölkische Knüppelgarden sie anzugreifen suchen. Das könnte für Bayern z. B. ein sehr lehrreiches Experiment geben. Aber in Bayern hat bekanntlich nicht einmal der Untersuchungsrichter vom Reichsgericht etwas zu sagen, wieviel weniger das bloß preußische Oberverwaltungsgericht!

Das Ziel des Ruhrkampfes.

Beseitigung des Achtstundentages!

Eine Vertreterversammlung der sogenannten „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands", in denen bekanntlich der aus der Deutschen Volkspartei hinausbugsierte Abgeordnete Geisler eine Rolle spielt, nahm am Donnerstag einen Vortrag des früheren nationalliberalen Landtagsabgeordneten Bacmeister über den Wirtschaftskampf gegen Frankreich entgegen. Bacmeister, ein typischer Repräsentant der Schwerindustrie alten Stiles, erklärte, das deutsche Volk dürfe sich keinerlei Illusionen hingeben. Weder ein industrieller noch ein finanzieller Zusammenbruch Frankreichs sei aus dem Ruhrunternehmen zu erwarten. Die Markstabilisierung sei die furchtbarste Täuschung eines Volkes seit der französischen Revolution, in der ähnliche Experimente gemacht worden seien.

Notwendig sei die Aufstellung eines wirtschaftspolitischen Programms, das es ermögliche, ausländische Zahlungsmittel in großer Menge hereinzubekommen. Zu diesem Zweck müsse sich die Regierung entschließen, die „Arbeit in Deutschland freizugeben" und alle Hemmungen, wie den Achtstundentag usw., zu beseitigen. Reichskanzler Cuno müsse in feierlicher Sitzung des Reichstages eine dahingehende Erklärung abgeben. Cuno sei leider in letzter Zeit durch gewisse Strömungen in eine Richtung gedrängt worden, aus der er die Möglichkeiten der Wirtschaft nicht mehr voll erkennen könne. Ein Weitergehen auf dem bisherigen Wege müsse zu bolschewistischen Zuständen führen. Besitze Cuno nicht das erforderliche Verantwortungsgefühl, so fehle in Deutschland überhaupt der starke Mann, der allein die Rettung bringen kann.

Ganz im Sinne dieses Vortrags nahmen die „Vaterländischen" eine Entschließung an, die die bisherigen Methoden des Wirtschaftskampfes gegen Frankreich als unzureichend bezeichnet und vom Reichskanzler verlangt, daß er die Abschaffung des Achtstundentages, die Bezahlung nach Leistung und die Einführung des „vaterländischen Hilfsdienstes" (Zwangsarbeit) vom Volke fordere. In einer zweiten Entschließung wurde die Auflösung der Kommunistischen Partei verlangt.

Man sieht, daß die Vaterländischen in ihren Forderungen nicht unbescheiden sind. Zwar herrscht schon Arbeitslosigkeit auf allen Wegen und Stegen, aber die Beseitigung des Achtstundentages wird den Sieg gegen Frankreich bringen. Heil!

Freiheitshelden.

Herr Wulle auf dem Kriegspfad.

Die kommunistische Radauszene während der Protesterklärung des deutschvölkischen Abg. v. Graefe im Reichstag hat eine Polemik zwischen den deutschvölkischen Freiheitshelden und ihren ehemaligen Kollegen von der Deutschnationalen Partei entfesselt, die darin gipfelt, daß sich diese Inhaber des Monopols auf unverfälschtes Deutschtum gegenseitig Feigheit vorwerfen. Herr Wulle hatte in einer Sonderausgabe über die Vorgänge im Reichstag das Verhalten der deutschnationalen Fraktionsmitglieder folgendermaßen apostrophiert:

„Aber auch mit dem Mut der übrigen Volksvertreter war es einigermaßen schwach bestellt; denn es fand sich auch auf der sogenannten „Rechten" des Hauses keiner, der etwa dem Abgeordneten v. Graefe beigesprungen wäre. Sie begnügten sich vielmehr damit, in jammernde Ausrufe über die Tragikomödie parlamentarischer und demokratischer Sitten auszubrechen."

Darauf macht nunmehr ein W. B., hinter dem man wohl einen bekannten Vertreter der Deutschnationalen Partei vermuten darf, in der „Wahrheit" eine Gegenrechnung auf, die das Heldentum des Herrn Wulle mit einer recht wunderlichen Gloriole umgibt. Er fragt Herrn Wulle, wo er sich denn während der bezeichneten Vorgänge aufgehalten habe und antwortet darauf:

„Herr Abg. Wulle hielt es aber für angezeigt, überhaupt nicht in den Sitzungssaal hineinzukommen. Als die Aktion des Herrn Graefe beendet war und dieser und Herr Henning — die fragliche Sitzung war ganz kurz — in das Restaurant des Reichstags kamen, fanden sie an ihrem Tisch ihren Freund Wulle vor; denselben Herrn Wulle, dem die „jammernden Ausrufe" der Deutschnationalen gegenüber den seinen Freund Graefe bedrängenden Kommunisten Beklemmungen verursachen."

Man kann es nicht mehr als Zufall bezeichnen, daß alle großen völkischen „Aktionen" damit enden, daß sich Deutschvölkische und Deutschnationale gegenseitig anpöbeln und verdächtigen. Es müssen schon seltsame „Heilige" sein, die sich in einer Bewegung wohl fühlen, deren Führer sich bei jeder Gelegenheit Unwahrhaftigkeit, Feigheit und andere schöne Eigenschaften vorwerfen. Aber das meinte man ja wohl, wenn man in der ehemaligen Deutschvölkischen Freiheitspartei von Freiheit, Heldenmut und Idealismus sprach.

Die Trauer um Martow.

Die Auslandsvertretung der russischen Sozialdemokratie hat folgendes Telegramm aus Bregenz erhalten:

„Das Organisationskomitee des Internationalen Sozialistenkongresses als Vertreter des gesamten sozialistischen Proletariats, spricht den russischen Genossen zu dem unersetzlichen Verlust, den die Internationale durch den Tod des Genossen Martow erlitten hat, das Beileid aller sozialistischen Parteien aus.

Adler, Shaw."

Der belgische Parteitag.

Während der Ostertage hielt die belgische Arbeiterpartei, wie bereits gemeldet, in Brüssel ihren 34. Parteitag ab. Die belgische Arbeiterpartei zählt gegenwärtig mehr als 600 000 Mitglieder. Im Laufe des verflossenen Jahres hat die Partei ein eigenes Verlagshaus geschaffen, das bis jetzt 48 000 Broschüren in Französisch und 17 000 in Flämisch herausgegeben hat. Die vier sozialistischen Zeitungen des Landes, zwei im wallonischen, zwei im flandrischen Teil, haben insgesamt eine Auflage von 180 000 Exemplaren. In rund 150 000 Arbeiterhäusern wird noch die bürgerliche Presse gelesen.

Die Abordnung aus Mitgliedern der Partei und der Gewerkschaften, die vom 19. bis 25. März das Ruhrgebiet bereiste, um sich an Ort und Stelle ein genaues, objektives Bild zu machen, legte dem Parteitag einen umfangreichen von Wauters abgefaßten Bericht vor. Der Bericht schildert u. a. die Anstrengungen zur Ausbeutung des Ruhrgebietes, die zum kläglichen Fiasko verurteilt seien. Die Haltung der gesamten Truppen, der finanzielle Zusammenbruch des Landes und die Schwierigkeiten der Lebenshaltung, das alles sei geeignet, den Geist des passiven Widerstandes, der die gesamte Bevölkerung beseele, zu stärken, statt zu schwächen.

Mehrheit gegen Frauenstimmrecht.

Der Parteitag hat nach einer langen und scharfen Debatte sich mit 369 213 (vertretenen) Stimmen gegen 238 259 bei 15 439 Enthaltungen gegen die sofortige Einführung des Frauenstimmrechtes für die Provinzial- und Kommunalwahlen ausgesprochen. Ein besonderer Parteitag soll sich späterhin mit der Frage nochmals beschäftigen. Die Haltung der Mehrheit der belgischen Genossen erklärt sich daraus, daß sie bei der Einführung des Frauenstimmrechts für die nächsten Wahlen zur Provinzial- und Gemeindevertretung im Jahre 1925 einen Sieg der klerikalen Reaktion befürchten.

Rheinlandkommission gegen England.

Die „Times" veröffentlicht eine Zuschrift des Sekretärs der englischen Handelskammer in Köln, in der dieser feststellt, daß die sogenannten Zugeständnisse, welche die Rheinlandkommission gemacht hat, in der Praxis völlig wertlos sind. Die „Times" knüpft an diese Feststellung die Anregung, daß „vielleicht die deutsche Regierung veranlaßt werden könnte, den englischen Handelsverkehr völlig freizugeben, falls die Franzosen und Belgier ihn ebenfalls freigeben".

Dazu schreibt WTB. offiziös, daß die deutsche Regierung schon seit Wochen der englischen Regierung und den übrigen beteiligten Regierungen den Vorschlag gemacht habe, den Handelsverkehr mit den besetzten Gebieten von jeder deutschen Kontrolle freizulassen, unter der Voraussetzung, daß die Besatzungstruppen sich jeder Kontrolle enthalten. Also genau das, was die „Times" der deutschen Regierung nahelegt, habe die deutsche Regierung schon seit langem vorgeschlagen, um die Schwierigkeiten des neutralen Handels mit den besetzten Gebieten zu beheben. Die vielfachen Bemühungen der beteiligten Regierungen in Paris, das gleiche Zugeständnis zu erhalten, sind aber bisher ergebnislos geblieben.

Kohlentransportkrise in Nordfrankreich.

Paris, 5. April. („Frankf. Ztg.") Nach dem „Progrès du Nord" macht sich in dem nordfranzösischen Industriegebiet die durch die Ruhraktion verursachte Transportkrise stark fühlbar. Es fehlt an Eisenbahnpersonal, so daß die Industrie bereits außerordentlich Mangel an Kohlen leidet. Die tägliche Wagengestellung bleibt um 50 bis 60 Proz. hinter den Anforderungen zurück. Selbst Gas- und Elektrizitätswerke, deren Vorräte völlig erschöpft sind, leben von der Hand in den Mund.

Genosse Hofer, der dem letzten preußischen Dreiklassenhaus angehört hat und neben dem Genossen Otto Braun Volksbeauftragter für Landwirtschaft gewesen ist, wurde zum Landrat in Fischhausen (Königsberg-Land) ernannt.

München in Wien. Die bereits gemeldeten Zwischenfälle am Ostermontag waren ein feiger und brutaler Ueberfall der 400 feldbienstübenden Hakenkreuzler auf 30 vorbeikommende Arbeiterordner, deren Führer „gefangen genommen" und niedergeknüppelt wurde.

Lenin-Bulletin. Temperatur Lenins 37,2, Puls 102, Atmung 28. Die katarrhalen Erscheinungen in der linken Lunge ließen nach. Im Allgemeinbefinden hält die Besserung an.

Labourel freigelassen. Der französische Journalist Labourel, der wegen Paßvergehen in Westpreußen verhaftet worden war, ist nunmehr freigelassen worden.

Die neue rumänische Verfassung.

Demonstrationen und Judenverfolgung.

Bukarest, 5. April. (TU.) Die Averescupartei veranstaltet jetzt fast täglich gegen die Verfassung Demonstrationen, weil diese alle Minoritäten, darunter auch die deutsche und siebenbürgische, sämtlicher politischer Rechte beraubt. Bei einer solchen Kundgebung drang die Menge in Bukarest bis zum königlichen Palais, dessen Fenster eingeschlagen wurden, worauf Militär einschritt und viele Personen verletzte. An der Moldau gab es eine große Kundgebung gegen die Juden. In Jassy wurde ein förmliches Pogrom veranstaltet. Der König von Rumänien befindet sich auf der Jagd, die Königin weilt in Belgrad. Die Unruhen werden hauptsächlich von der Studentenschaft geschürt. In den Dörfern und Städten herrscht jedoch auch unter der Bauernbevölkerung größte Erregung.

•

Die offiziellen Meldungen haben der neuen Verfassung nachgerühmt, daß sie die lauterste Gerechtigkeit und Gleichberechtigung bringe — insbesondere auch den Juden; dies war wohl auf gewisse westliche Kapitalisten gemünzt, die sonst den Anleihe-Geldbeutel zuhalten.

Wirtschaft

Weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes steht im Zeichen einer andauernden Verschlechterung. Zwar hat nach den Berichten des Reichsarbeitsmarktes im Laufe des Monats Februar das Tempo der Verschlechterung etwas nachgelassen, immerhin ist unter den Arbeitslosen wie unter den Kurzarbeitern eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Daraus geht hervor, daß es vielen Industrieunternehmungen nur durch Arbeitsstreckung möglich geworden ist, den Betrieb teilweise aufrechtzuerhalten. Die Zahl der weiblichen Beschäftigten hat im Gegensatz zu früheren Monaten etwas zugenommen. Im einzelnen sind die Ergebnisse der Statistik folgende:

Nach der Krankenkassenstatistik ist die Zahl der Beschäftigten, wenn auch langsam, zurückgegangen. Die Mitgliederzahl von 5589 Krankenkassen fiel vom 1. Februar bis zum 1. März um 0,5 Proz., sie war im Vormonat um 0,8 Proz. gefallen.

Die Arbeitslosenstatistik verzeichnet am 24. Februar bei rund 5,6 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern 5,7 Proz., gegen 4,4 Proz. Arbeitslose im Vormonat.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist nach den vorliegenden Berichten von 35 Arbeitersachverbänden mit 4,8 Millionen Mitgliedern von 13 auf 16,5 Proz. gestiegen. Demnach geht jeder sechste Arbeiter eines erheblichen Teiles seines Lohnes durch Kurzarbeit verlustig!

Die Erwerbslosenstatistik ist nur unvollständig, da insbesondere das Rheinland fehlt. Nach den vorliegenden Meldungen waren am 1. März 194 591 Erwerbslose unterstützt gegen 148 181 im Vormonat. Die Zahl wird sich noch wesentlich erhöhen, wenn die jetzt fehlenden Meldungen eingegangen sind. Der Andrang an den Arbeitsnachweisen hat sich verstärkt.

Alles in allem bestätigt die Statistik des Arbeitsmarktes die verheerenden Wirkungen des Konjunkturrückganges auf die Kaufkraft der Arbeiterschaft. Unter diesen Umständen ist ein Abbau der Preise die dringendste Notwendigkeit, denn gerade diejenigen Schichten, deren Warenbedarf am stärksten ist, sind infolge der Senkung des Reallohnes und neuerdings infolge der Einschränkung der Arbeitsmöglichkeit außerstande, eine Nachfrage nach Waren zu entfalten, solange die Preise nicht wesentlich heruntergehen.

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens. Im Februar d. J. ist der Bestand der deutschen Genossenschaften um 138 gestiegen, während der Zuwachs im Vormonat 143 betrug. Die Gründungstätigkeit hat etwas nachgelassen, allerdings ist auch die Zahl der Auflösungen von Genossenschaften zurückgegangen, so daß immerhin noch der erwähnte Ueberschuß über die Auflösungen bleibt. Der Rückgang der Gründungstätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften, Kreditgenossenschaften, Wareneinkaufs- und Konsumvereine. Von den letzteren sind im Februar 25 neugegründet worden, denen 6 Auflösungen gegenüberstehen. Insgesamt hat sich die Zahl der Genossenschaften ohne die Zentralgenossenschaften am Ende Februar auf 50 291 erhöht.

Die Belebung des Schiffsverkehrs im Hamburger Hafen. Infolge der Ruhraktion und der Verkehrsstörungen im Westen ist Deutschland in erhöhtem Maße auf Zufuhren angewiesen, die über die Seehäfen geleitet werden. Das hat eine bedeutende Zunahme des Schiffsverkehrs in den Seehäfen zur Folge. So sind im Monat März im Hamburger Hafen insgesamt 1400 Seeschiffe mit 1 380 882 Netto-Registertonnen angekommen. Diese Zahlen geben bereits erheblich über die entsprechenden Vorkriegszahlen hinaus; denn im März 1913 sind nur 1227 Seeschiffe mit 1 242 936 Netto-Registertonnen angekommen. Auch die Zahl der ausfahrenden Schiffe hat sich wesentlich erhöht; es sind insgesamt 1485 Seeschiffe mit 1 359 509 Netto-Registertonnen Raumgehalt gegen 1297 mit 1 128 753 Netto-Registertonnen im März 1913 aus dem Hafen ausgelaufen.

Verschiebung der Kölner Messe. Nach Mitteilungen einiger Kölner Blätter ist die erste Kölner Messe, deren Beginn auf den 8. Mai festgesetzt war, in Frage gestellt. Es war bisher unmöglich, die notwendigen Arbeiten auf dem Messeplatz so zu fördern, daß die Eröffnung zu dem vorgesehenen Zeitpunkt stattfinden könne. Auch sei es kein Geheimnis, daß die Schwierigkeiten durch die Verkehrseinschränkungen so groß geworden sind, daß das Messeamt sich dazu entschließen müsse, die Eröffnung zu verschieben, denn unter den herrschenden Umständen sei auf ein regelrechtes Messegeschäft nicht zu rechnen.

Die Entwicklung der russischen Produktion. Nach russischer Quelle entwickelte sich die Produktion der russischen Industrie, berechnet in Prozenten der Vorkriegserzeugung, folgendermaßen:

	1920	1921	1922
Kohle	26,8	30,8	36,8
Petroleum	41,1	42,7	51,0
Metallurgische Produkte	8,7	1,6	2,4
Elektrische Anlagen	11,9	20,5	37,6
Baumwolle	5,2	7,5	23,6
Wolle	23,3	17,2	30,6
Flachs	38,2	25,4	56,0
Zucker	5,9	6,7	7,4
Alkohol	2,5	4,2	8,4
Streichhölzer	16,7	20,9	17,6
Gummi	5,1	10,7	24,8

Bei den meisten Warengattungen bewegt sich demnach die industrielle Warenerzeugung in aufsteigender Linie. Gleichwohl sind gerade auf wichtigen Produktionsgebieten, wie z. B. dem der Metallwaren, erst winzige Bruchteile der Vorkriegserzeugung erreicht.

Erhöhung des Goldzollaufgeldes. Für die Zeit vom 11. bis einschließlich 17. April 1923 beträgt das Goldzollaufgeld 497 900 Proz. (zurzeit 494 900).

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 574,55 Geld, 577,44 Brief; 100 österr. Kronen 29,67 Geld, 29,98 Brief; 1 tschechische Krone 628,42 Geld, 631,58 Brief; 1 ungarische Krone 4,80 Geld, 4,84 Brief; 1 bulgarische Lewa 159,15 Geld, 159,90 Brief; und 1 jugoslawischer Dinar 209,47 Geld, 210,53 Brief. — 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 50 Pf.

Gewerkschaftsbewegung

Ueber Lohn- und Gehaltspfändung.

Da die Geldentwertung in letzter Zeit immer weitere Fortschritte gemacht hat, sind die Bestimmungen über die Pfändung von Lohn und Gehalt abermals geändert worden. Nach dem letzten einschlägigen Gesetz vom 23. Februar 1923 ist die Rechtslage folgende:

Der Arbeits- und Dienstlohn ist bis zur Summe von sechshunderttausend Mark für das Jahr und, soweit er diese Summe übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen. Beispiel: Das Gehalt beträgt 1 200 000 M. Von dem das unerläßliche Existenzminimum von 600 000 M. übersteigenden Betrag darf ein Drittel, also 200 000 M., auch nicht angegriffen werden, so daß sich der unpfändbare Gesamtbetrag auf 800 000 M. beziffert. Mehr begünstigt wird bei der Pfändung der Schuldner, der bestimmte Angehörige zu unterhalten hat, nämlich seinen Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandte (der aufsteigenden oder absteigenden Linie, also z. B. Eltern oder Kindern) oder unehelichen Kindern. Hat er solchen Personen Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Teil des 600 000 M. im Jahr übersteigenden Betrags für jede Person, der Unterhalt zu gewähren ist, um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrags. Bleiben wir bei dem oben angeführten Beispiel, in dem der Lohn 1 200 000 M. betrug, so tritt dem unpfändbaren Drittel des Mehrbetrags von 200 000 M. noch ein Sechstel des Mehrbetrags, nämlich 100 000 M. hinzu, so daß zusammen 900 000 Mark dem Zugriff nicht unterliegen. Nehmen wir an, der Schuldner ist verheiratet und hat drei Kinder. Dann würden von dem 600 000 Mark übersteigenden Betrag unpfändbar sein für den Schuldner selbst ein Drittel, für seine Frau und die Kinder zusammen drei Sechstel. Das würde fünf Sechstel, also ein Sechstel mehr als zwei Drittel ergeben. Wie aber bereits erwähnt, sind von dem Mehrbetrag nie mehr als höchstens zwei Drittel unpfändbar. Es würde also bei einem Gesamtlohn von 1 200 000 M. höchstens 1 Million Mark unpfändbar sein.

In gewissen Fällen wird aber die Unterhaltspflicht nicht berücksichtigt. Von dem pfändbaren Gehalt werden nämlich dann keine Abzüge für unterhaltsberechtigte Angehörige gemacht, wenn der Lohn 2 Millionen Mark übersteigt. Es wird dann der 600 000 Mark übersteigende Betrag nur um ein Drittel (für den Schuldner selbst) gekürzt. Bezieht z. B. der Schuldner an Lohn oder Gehalt 3 Millionen Mark, so sind 1 400 000 M. unpfändbar. Diese Ausnahme führt zu einer recht ungleichmäßigen Behandlung der Schuldner. Schon ganz geringe Unterschiede in der Höhe der Bezüge bedingen eine andere Festsetzung des unpfändbaren Teils. Die Unterscheidung führt zu recht unbilligen Härten.

Hervorgehoben sei, daß der hiernach in der Regel sonst unpfändbare Teil des Gehalts für gewisse Unterhaltsansprüche (Alimentenforderungen) gepfändet werden kann. In diesen Fällen greift auch der Einwand des Schuldners, daß ihm nichts zum Leben übrig bleibe, nicht durch. Ohne Rücksicht auf den Betrag ist nämlich die Pfändung zulässig, wenn sie wegen der den Verwandten, dem Ehegatten und dem früheren Ehegatten für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das vorausgehende Vierteljahr kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeträge beantragt wird. Das Gesagte gilt zunächst auch zugunsten eines unehelichen Kindes für die Unterhaltsbeträge, die der Vater zu entrichten hat. Hier kann aber der Schuldner verlangen, daß ihm an unpfändbarem Lohn und Gehalt soviel übrig bleibt, wie er von den Bezügen zur Bestreitung seines „notdürftigsten Unterhalts" und zur Erfüllung der ihm bei seinen Angehörigen gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht bedarf. Was freilich zum „notdürftigsten" Lebensunterhalt gehört, ist sehr umstritten. In der Vorkriegszeit hatten sich hierüber bestimmte Normen herausgebildet. Jetzt fehlt aber jeder Anhalt.

Friedr. Kleeis.

Ein „besonders revolutionärer" Betriebsrat!

In der letzten Zeit konnte man in der „Roten Fahne" lesen, daß die Aufsicht über die sogenannten Hundertschaften und die Produktionskontrolle nur besonders revolutionären Betriebsräten zu übertragen sei. Ein solcher Held war der Maurer Puttenat, Mitglied des Baugewerkbundes. Er wurde infolge seiner Tätigkeit einer der Vertrauten Kaisers, des Organisators der „Ausgeschlossenen", und suchte sich durch sein Treiben gegen die Verbandsleitung der Bauarbeiter des hohen Vertrauens würdig zu erweisen. Wegen schweren Verstoßes gegen die Verbandssatzungen wurde er aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen.

Bei der Firma Held u. Franke war ein Betriebsrat, der sich nach vielen Irrungen in den Baugewerksbund wieder zurückfand, trotzdem aber Mitglied der KPD. blieb. Dieser Betriebsrat war aber der Fraktion der KPD. nicht „revolutionär" genug. Er wurde abgesetzt und an seine Stelle der „wirklich revolutionäre" Puttenat gesetzt, der damit auch Mitglied des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft war. Die Firma hatte in einem westlichen Vorort ein Bauwerk auszuführen. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung ist die Akkordarbeit für Maurer im Baugewerbe tariflich verboten. Die Unternehmer versuchen natürlich auf allerhand Umwegen die Akkordarbeit zu fördern. Der revolutionäre Puttenat erhielt Kenntnis von der Akkordarbeit bei der Firma, unternahm jedoch nichts zu deren Beseitigung. Vielmehr betätigte er sich als Arbeitsvermittler für die betreffende Baustelle. Dafür, daß P. so „ordentliche, ruhige Leute" vermittelte, die nicht nach dem Tarif sahen, wurde hin und wieder mit Vertretern des Bauherrn und seinen Akkordmaurern ein kleines Gelage gehalten, wo Puttenat natürlich mit dabei war. Die Firma forderte zur Fertigstellung des Bauwerks dringend Nacht- und Sonntagsarbeit. Trotzdem laut Tarifvertrag solche nur in ganz besonders dringenden Notfällen und dann auch nur im Einverständnis mit den Tarifparteien geleistet werden darf, diese Genehmigung aber jetzt bei der großen Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter nicht erteilt worden wäre, trotzdem der Betriebsrat die Verpflichtung hat, für die Innehaltung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten, sorgte Puttenat für die Einführung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit. Auch ein „Revolutionär" braucht so etwas nicht umsonst zu tun. Der Bauherr zeigte sich erkenntlich, indem er Puttenat eine größere Geldsumme zukommen ließ. Als dies ruchbar wurde, trat die KPD.-Fraktion zusammen und beschloß, daß darüber nicht geredet werden dürfe. Entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit wurde auch in den Baubuden darüber nicht gesprochen, weil es ja einer ihrer Parteifreunde war. Die „Rote Fahne" fordert tagtäglich die Arbeiterschaft in den Betrieben auf, über alles Mögliche und Unmögliche von den Betriebsräten „Rechenschaft" zu verlangen. In ihrer Redaktion schreibt man sich die Finger wund, um „das verräterische Verhalten" der Amsterdamer Gewerkschaftsführer zu tadeln. Hier aber schweigt des Sängers Höflichkeit. Es bedurfte erst des energischen Eingreifens unserer Genossen, um überhaupt Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen. Trotz des Beschlusses, „darüber nicht zu reden", verlangten die Kollegen von diesem Revolutionär Rede und Antwort. Er zog es vor, spurlos zu verschwinden, und sein Mitkollege im Betriebsrat und im Verbändchen der ausgeschlossenen Bauarbeiter bequemte sich erst nach energischem Drängen, der Belegschaft darüber einige Mitteilungen zu machen. Er bat aber in der Versammlung, die Sache nicht an die Oeffentlichkeit zu bringen. Dieser Fall reiht sich würdig an den des Mitgliedes des Fünfzehnerausschusses, Herrn Bergau, von Bergmanns Aktiengesellschaft an. Wir rufen allen einsichtigen Kollegen und Arbeitern zu: Lauft nicht diesem Maulheldentum nach, daß seine Aufgabe darin sieht, alte erprobte Funktionäre zu verleumden, um Zwiespalt in die Reihen der Kollegen zu tragen, selber aber kaum die einfachste Funktion ausüben kann, sobald sie einige Charakterfestigkeit erfordert.

Tarifbewegung in der Stuck- und Gipsbaubranche.

In einer überfüllten Versammlung im Lokal „Königsbank", Große Frankfurter Straße, berichtete am Mittwoch der Gruppenleiter Scheck über den Verlauf der Verhandlungen. In acht Verhandlungen der Unterkommission und in einer Vollsitzung am 28. März von 11 Uhr bis abends 8 Uhr war es nicht möglich, zu einem annehmbaren Ergebnis zu kommen. Es blieben noch eine Reihe strittiger Punkte, die nach beiderseitiger Uebereinkunft dem Schlichtungsausschuß unterbreitet werden sollten. Da der bestehende Tarif am 31. März ablief und eine Entschließung der Fachgruppenmitglieder ein Weiterarbeiten über diesen Termin hinaus ohne gültige Abmachungen ablehnt, war das schnellste Zusammentreten des Schlichtungsausschusses notwendig, um den unausbleiblichen Streik zu verhindern. In der Erwartung, daß diese Verhandlung am 4. April vor sich gehen würde, war die Versammlung der Gewerkschaft zum Abend dieses Tages angesetzt worden. Leider ist die Verhandlung erst zu heute anberaumt, anscheinend auf Betreiben der Arbeitgeber. Trotzdem dies als Verschleppung angesehen werden könnte und provokatorisch wirken muß, empfahl die Gruppenleitung den Mitgliedern, mit der Abstimmung über den eventuellen Streik bis heute, nachdem der Schlichtungsausschuß gesprochen, zu warten. Gegen diesen Vorschlag der Gruppenleitung setzte eine heftige Opposition ein. Die Redner vertraten den Standpunkt, das „letzte Angebot" der Arbeitgeber zeige so wenig Entgegenkommen, daß der sofortige Streik die einzige Antwort sei. Mehrere Anträge, sofort in den Streik zu treten, machten es notwendig, über beide Vorschläge, den der Gruppenleitung und den der Opposition, abstimmen zu lassen. Das Ergebnis war die Annahme des Vorschlages der Gruppenleitung mit 455 gegen 337 Stimmen und 5 ungültigen Zetteln. Die endgültige beschließende Generalversammlung findet also heute statt.

Holzarbeiter und Kommunisten.

Bei der Verbandstagswahl der Berliner Holzarbeiter hat die kommunistische Liste gesiegt. Von rund 35 000 Mitgliedern haben sich 10 510 — noch nicht der dritte Teil! — an der Wahl beteiligt; 554 Stimmzettel waren ungültig, weil sie fast alle mehr als 15 Namen enthielten. Auf die kommunistischen Kandidaten entfielen 4512 bis 5365, im Durchschnitt 5092 Stimmen, auf die VSPD.-Liste 4149 bis 5129 und durchschnittlich 4576 Stimmen. Die Kommunisten übten Parteidisziplin. In den Wahllokalen arbeiteten sie mit numerierten Zetteln, so daß ihre nur nach Nummern gewählten Kandidaten alle die gleiche Stimmenzahl haben mußten. Die Nichtkommunisten suchten unter den auf den Stimmzetteln nach der Parteirichtung nicht bezeichneten Kandidaten die ihnen bekannten Namen aus und wählten im übrigen nach der Branche und den Rest nach dem Alphabet. So wie in der letzten von 310 kommunistischen und 404 VSPD.-Parteimitgliedern besuchten Generalversammlung ein Kommunist 354 Stimmen, also außer allen kommunistischen auch noch 44 VSPD.-Stimmen bekam und dadurch ein Kandidat der VSPD.-Mehrheit unterlag.

Die Kommunisten haben von 15 Mandaten 14 „erobert". Die „Rote Fahne" bemerkt dazu: „Das ist das Ergebnis zäher und zielklarer Fraktionsarbeit." Die Parteigenossen aller Berufe mögen daraus ihre Schlüsse für die Zukunft ziehen.

Zur Lohnbewegung im Einzelhandel.

Den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der eine Erhöhung der Löhne von 6 Proz. für die Handelshilfsarbeiter auf die bisherigen Löhne vorsah, haben die Arbeitgeber im Einzelhandel abgelehnt. Die gestrigen Verhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar haben zu einer Verständigung geführt. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses bleibt in voller Höhe bestehen, die Löhne der männlichen Jugendlichen werden außerdem um volle runde 100 M. nach oben abgerundet.

Die neuen Löhne gelten von der laufenden Lohnwoche ab, so daß die erste Auszahlung der neuen Löhne in dieser Woche erfolgt, bis zum 15. April mit einer achttägigen Kündigung.

Am Montag wird in einer Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause über die Verhandlungen eingehend berichtet.

Das italienische Achtstundentagsgesetz.

Genosse d'Aragona, der Vorsitzende des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes, behandelt in der Mailänder „Giustizia" das Achtstunden-Dekret, das von dem Ministerium Mussolini veröffentlicht wurde. Das Dekret, das noch der Umwandlung in ein Gesetz bedarf, hat endlich die Arbeitszeitfrage gesetzlich geregelt. Bei näherer Untersuchung der einzelnen Paragraphen sieht man allerdings, daß der status quo ante, das heißt die Regelung durch die beteiligten Parteien, im wesentlichen nicht berührt wurde. Die von dem seinerzeit ausgearbeiteten Kommissionsentwurf vorgesehenen höchstzulässigen Ueberstunden wurden von 6 auf 12 pro Woche erhöht, die Mindestvergütung für diese Ueberarbeit von 15 Proz. auf 10 Proz. Zuschlag zum Normallohn herabgesetzt und die Frage der Leistung den Parteien überlassen. d'Aragona fragt hierbei mit Recht, wer nun die Arbeiter in diesem Fall vertreten soll. Die Sozialisten haben überhaupt keine Daseinsberechtigung, die Katholiken noch nicht. Daß alle Präventivmaßnahmen gegenüber Umgehungen des Achtstundentages, wie sie im Entwurf vorgesehen waren, nun im Dekret nicht vorhanden sind und die Strafen für Uebertretungen von der ursprünglichen Haftstrafe auf eine Buße von 10 Lire pro Tag und Arbeiter herabgesetzt wurde, ist für den Gesamteindruck über diese „soziale" Maßnahme als Schlußstein sehr wesentlich.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin. Die Verhandlungen über die Aprillöhne sind zum Abschluß gelangt. Am kommenden Sonntag findet von 10 bis 12 Uhr in den bekannten Abstimmungslokalen eine Urabstimmung statt. Wir bitten unsere Mitglieder, sich an der Abstimmung rege zu beteiligen.

Fachgruppe Stuck- und Gipser des Deutschen Baugewerksbundes. Heute 5½ Uhr Generalversammlung in der „Königsbank", Große Frankfurter Str. 117. Nur Mitglieder der Fachgruppe des Deutschen Baugewerksbundes haben Zutritt. Pflicht aller Kollegen ist es, rechtzeitig zu erscheinen.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein Berlin 1. Sonnabend 7 Uhr Versammlung im Restaurant Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee. Vortrag des Redakteurs Gerhart Seger über „Die wirtschaftliche Lage in Deutschland".

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Chokolade-Likör
Noisettes
DER BEVORZUGTE LIKÖR DER DAME
Landauer & Macholl
HEILBRONN
Vertreter: Karl Kast, Potsdam, Bismarckstr. 3. Fernspr.: Amt Potsdam Nr. 366. Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Str. 29. Fernsprecher: Amt Pfalzburg Nr. 3460.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 12 Uhr: Sinf.-Mittagskonz. 7½ Uhr X. Sinfonie-Konzert
Schauspielhaus 7½ Uhr: Torquato Tasso
Theater i. d. Königgrätzer Str. 7.30: Kreislers Eckfenster
Komödienhaus 7.30 Madame Pompadour
Berliner Theater 7. 0: Mädi
Trianon-Th. 8 Uhr Professor Bernhardi
8 Uhr Kleines Theater Das stärkere Band
Walhalla-Th. 7.45 Uhr: Die Liebe geht um

Volksbühne 7½ Uhr: Weh' dem, der lügt
Lessing-Th. 7½ Uhr: Bürger Schippel. Sbd. u. Sonntag 7½: Königin Christine. Montag 7½ Uhr: Bürger Schippel
Deut. Künstler-Th. Allabendlich 7½ U. Der Fürst von Pappenheim
Theater des Ostens (Rose-Theater) 7¾ Uhr: Kaiserplatz 3 1.
Central-Theater Tägl. 8 Uhr Försterchristel

Der Blaue Vogel Goltzstraße 9 Nollendorf 1613 8½ U. Allabendlich 8½ U. Das 3. Programm

Deutsch. Opernhaus Abends 6½ Uhr: Götterdämmerung
Große Volksoper im Theat. d. Westens 7½: D. Zarenbraut
Intimes Theater 8 Uhr: Kleptomanie Familienfest usw.
Lustspielhaus 8 U.: Bobby, sag' die Wahrheit
Metropol-Theater 7½: Die Schönste der Frauen
Neues Operett.-Th. Täglich 7½ Uhr: Der neue Gilbert: Katja, die Tänzerin mit Mergit Suchy, Nordheim, Paulsen, Beckmann, Gross, Mamelok
Neues Th. am Zoo 7½: Gilberts Oper. Dorine u. der Zufall
Neues Volkstheater 7½ Uhr Emilia Galotti
Renaissance-Th. 7½ Uhr: Kampf der Geschlechter
Schiller-Th. Charl. 8 U. Kapitän Brassemanns Opfer
Thalia-Theater 7½ Uhr: Ein Jahr ohne Liebe
Th. a. Nollendorfpl. 7¾ Uhr: Die schön. Rivalin
Wallner-Theater 8 Uhr: Der kühne Schwimmer

Ufa. Spielplan v. 6. bis 12. 4. 23.
UFA-PALAST A. ZOO Fridericus Rex III. IV
TAUENTZIENPALAST Das Haus ohne Lachen
U. T. KURFÜRSTEND. Die Frau mit den Millionen. III. Teil „Konstantinopel - Paris"
U. T. NOLLENDORFPL. Die Frau mit den Millionen. I. Teil Der Schuß in der Pariser Oper
MOZARTSAAL Amerikanische Film-Woche
KAMMERLICHTSP. Alt-Heidelberg
U. T. FRIEDRICHSTR. D. Tänzerin Navarro
U. T. ALEXANDERPL. Das Mädchen ohne Gewissen
U. T. WEINBERGSWEG U. T. SCHÖNEBERG Die blonde Geisha
U. T. HASENHEIDE Ein Glas Wasser

Admirals-Varieté 8.00 April-Programm wie immer - erstklassig

Ufap Vergnügungs-Park am Lehrter Bahnhof eröffnet mit sensationellen Attraktionen. Während der Osterwoche jeder Erwachsene ein Kind frei! Eintritt: 300 Mark Kinder 200 Mark

Residenz-Th. Täglich 8 Uhr. Alb. Bassermann in Der Raub der Sabinerinnen
Casino-Theater 8 Uhr: Der neue Schlager Zum blauen Kakadu
URANIA Theater 8 Uhr Eine Alpenfahrt von München nach dem Königssee. Kl. Saal 8 Uhr: Geheimnisse im Schlangenreich.
Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr. Sonntag nachm. 3 U. halbe Preise Stettin. Sänger Bönhoff-Braff'l

Apollo-Theater Täglich 7½: Die große Ausstatt.-Operette Die Modekönigin Paul Heidemann a. G.
Komische Oper 7½ Oper 7½ Große Revue Europa spricht davon! ca. 200 Mitwir. Mister Jackson mit engl. Girls Else Balzer Bruno Kastner Arnold Rieck Kutzner, Flink u. a. Darsteller
Wintergarten Varieté-Spielplan! Rauchen gestattet!
Theater u. Kaffeehaus. Elite-Sänger u. a.
Kraus-Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstraße

Malereigenossensch. z. Ausführung jed. Art Malerarbeiten f. Berlin u. Umgegend E. G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 7. Unsere Genossenschaft ist durch Generalversammlungsbeschluß zwecks Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung vom 8. Februar 1923 aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden. Die Liquidatoren: 107/15
Moritz Stein. Reinhold Frank. Karl Bitner.

E. BERNSTEIN
Der Sozialismus einst und jetzt
Zweite Auflage, vermehrt durch die Kapitel: „Der Gildensozialismus" und „Das Bleibende im Marxismus"
Grundzahl brosch. 2.50, geb. 4.—
× Schlüsselzahl
Buchhandlung Vorwärts
SW 68, Lindenstraße 2

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85. Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 833 bis 836 und 6592 bis 6595.
Betriebsräte der Metallindustrie
Montag, den 9. April, abends 6½ Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 16/17:
Versammlung sämtlicher Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
Tagesordnung: Stellungnahme zum 1. Mai.
In Anbetracht der Wichtigkeit ist das Erscheinen aller Kollegen Pflicht. — Jeder Betrieb muß vertreten sein.
Verbandsbuch und Betriebsrätekarte legitimieren.

Teilnehmer am Engelbert-Graf-Kursus.
Der nächste Vortrag findet am Sonnabend, den 7. April, abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Linienstraße 83/85 (Sitzungssaal) statt.
Die Führung des Genossen Dr. Hauser durch die prähistorische Abteilung des Völkerkunde-Museums findet am Sonntag, den 8. April, vormittags pünktlich 10 Uhr, statt. Treffpunkt 9¾ Uhr vor dem Portal Prinz-Albrecht-Straße 7.
Die Ortsverwaltung.

Für 2000 Mark wöchentl. erh. Sie bei kl. Anz. Gardinen, Stores, Bettwäsche, Bettdecken, Chaiselonguedeck., Steppdecken usw. Barthel Zorndorfer Str. 54

Steppdecken gr. Ausw. preisw. Bernh. Strohmandel S. Wallstraße 72 Filiale: Spittelmarkt Ecke Seydelstraße und Nikolsburger Platz 2. Alte Steppdecken werden aufgearbeitet.

Naturschutz in Wald und Park.

Es gibt große und kleine Kinder. Unseren Kleinsten und Schulpflichtigen nimmt man es nicht gar so übel, wenn sie nach Bäumen und Sträuchern, nach Blättern und Blüten unerlaubt die Hände ausstrecken. Es ist Kinderart und schlecht angebrachte Kinderfreude. Ueber diesen kindlichen Trieb kann man nicht hinweg, wenn uns Großen und Denkenden beim Anblick nutzloser Naturplünderung oft das Herz auch noch so wehe tut. In Schule und Haus wird unausgesetzt gemahnt: „Laßt die Blumen stehen und den Strauch! Andere, die vorübergehen, freuen sich auch." Es nützt schon viel, noch lange nicht so, wie es zu wünschen ist. Noch zu viele, die schon längst die Schulbank nicht mehr drücken, auch solche Erwachsene, die das Schwabenalter hinter sich haben, achten nicht die Natur und ihre Schönheiten, reißen verständnislos die Zweige von Baum und Strauch, die Blumen aus dem Boden, zertrampeln junges, saftiges Grün, zerstören fremdes Eigentum und das, was allen gehört und uns allen eine lange, warme Freude sein soll. Macht der Jugend, die noch kraus ist im Verstande, nicht vor, was so unschön und so lieblos ist, und sie wird es weniger nachahmen.

*

Da liegt ein von Sträuchern eingefaßter grüner Wiesenstreifen, ein Teil einer die Liebe zur Natur in Kinderseelen pflanzenden Schuleinrichtung. Wie freuen die Anwohner sich alljährlich, wenn über Nacht Tausende von Butterblumen ihre Blütenkelche öffneten! In goldigem Glanz, wetteifernd mit der Frühlingssonne, erstrahlt das Stückchen Wiese. Schnatternd zieht eine Mädchenklasse heran. „Seht doch, die schönen Butterblumen... die pflücken wir allesamt!" Die Lehrerin zieht den Schlüssel vom Eingangstor zurück. „Ach, meine lieben Kinder, versprecht mir, die Butterblumen nicht zu pflücken. Was habt Ihr davon? Kurz, ganz kurz nur ist Eure Freude und länger ist sie, wenn Ihr die Blumen auch morgen hier wieder findet." Die Kinder hören und verstehen. Nur zwei, drei Blümelein werden in die Bluse gesteckt. Frühlingskinder! Am gleichen Vormittag kommt eine zweite Klasse. Wie die Wilden stürzen sich die Mädels auf das goldige Blumenmeer. Kein mahnendes Wort der Lehrerin fällt. Nach einer halben Stunde ist nur noch hier und da ein gelber Tupfen, und in der nächsten Straße finde ich bald ganze Büschel gelber Butterblumen mit hängenden Köpfchen, achtlos fortgeworfen. Kurz war, was man Freude nennt. . . .

*

Im Treptower Park. Krokus und Tulpe sind aus den Treibhäusern schon mitten in den grünen Rasen gewandert. In schäumender Kraft haben Bäume und Sträucher ihre ersten Triebe angesetzt. Man freut sich und bewundert. Und dennoch wird geplündert, der Tod hineingeschickt in das, was so jung ist und so lebensdurstig. Eine junge Frau hat ihr Kleinchen über das niedrige Gitter mitten zwischen die Tulpen klettern lassen. Der Parkwächter fährt unsanft dazwischen. Er liebt, was er betreut, ja noch viel mehr als die anderen. Die junge Frau verteidigt sich. „Machen Sie doch nicht solches Geschrei, Wächtersmann! Es gibt ja soviele Blätter und Blüten!" Schnell bilden sich, wie immer, zwei Parteien. Ein alter Herr greift ein. „Die Dame hat recht . . . es gibt genug davon. Trotzdem hat sie unrecht. Wenn jeder Parkbesucher so selbstsüchtig denken würde, stände hier morgen nicht mehr eine einzige Blume." Unbelehrt zieht die junge Frau ab. „Komm', Else, die bösen Menschen gönnen uns nicht einmal eine Frühlingsblüte."

*

Durch einen anderen Park von waldartigem Charakter schlendern drei Halbwüchsige, schlagen von jedem dritten Baum mit ihren Spazierstöcken die Kronen der tiefhängenden Zweige aus reinem Uebermut ab. „Aber, meine jungen Herren, das ist doch nicht richtig, was Sie da tun. . . . Das hat doch keinen Sinn." Sofort werden die Bengelchen aufsässig. „Wat jeht denn Ihnen det an? Gehört Ihnen etwa der Park? Zeigen Sie mal erst Ihre Blechmarke, wenn Sie eener von die Polizei sind." Der Angeredete zeigt ihnen aber gleich, was eine Harke ist, und haut so wacker zu, wie die drei Naturzerstörer mit ihren Stöcken auf die wehrlosen Bäume eingeschlagen haben. Recht so, wenn es gar nicht anders geht. Solchen Naturfiegeln muß auf die Sprünge geholfen werden.

*

Im Berliner Osten, hinter Erkner und Grünheide, steht seit fünfzehn Jahren ein wunderschöner Privatpark, einst das Ziel vieler Ausflügler. Der Naturfreund, der ihn anlegte und der freien Besichtigung überließ, hat nur Undank geerntet. Der mutwillig angerichtete Schaden ging zuletzt in die Hunderttausende. Soll er den Park wieder öffnen, damit sich viele andere erfreuen? Noch einmal will er es versuchen mit folgendem poetischen Herzensappell, der die zerstörende Hand zum Sinken bringen lassen soll, ehe sie sich gegen die Natur erhebt:

Bei Kindern find' ich es verzeihlich,
Wenn Unverstand die Blüte knickt.
Von Großen aber ist's abscheulich,
Wenn ihnen das Stibitzen glückt.

Mit Strafen wird hier nicht gedroht,
Das hat hier keinen Zweck.
Doch laß, wenn nicht dein Herz verroht,
Vom Strauch die Finger weg!

Was ihr seht, ist zäher Fleiß,
Harter Hände edler Preis.
Wer das Werk beschützt vor Leid,
Schafft sich selber höchste Freud'.

Mit Recht find'st du es unerhört,
Wenn man dein Eigentum verletzt.
Drum laß' ich bitt', auch ungestört,
Was ich für alle hingesetzt.

Nimm nach jedem Schmause,
Worin verpackt dein Brot,
Hübsch wieder mit nach Hause —
Du trägst dich nicht dran tot!

Die beschmutzen diesen Ort,
Verraten ihren Namen.
Denn man merkt es so sofort,
Aus welchem Stall sie kamen.

Mit einem Arm und einem Bein,
Wie würd' dir da zumute sein!
Und hättest du kein Augenlicht,
Wie trostlos wär' dein Angesicht!
Laß Arme, Beine, Augen steh'n,
Wo Pflanzen dich um Schonung fleh'n!

*

Nicht nur hier soll es mahnend stehen. Wählt aus, was euch am besten gefällt, und laßt es zu den Herzen sprechen an tausend Stellen!

Zweckmäßige Nahrung für das Volk.

Man muß sagen, daß sich die Deutschnationalen redliche Mühe geben, für das Volk in seiner Gesamtheit zu sorgen. Hergt und Helfferich, die ja, wie jedermann weiß, immer ein warmes Herz für das Volk gehabt haben, zerbrechen sich den Kopf und salzen jeden Schluck des guten 1921ers mit bitteren Tränen, angesichts der Not der armen Leute, und ein Herr v. S. in der „Kreuz-Zeitung" vom 4. April beschäftigt sich intensiv mit der Frage, welches die zweckmäßigste Nahrung für das Volk wäre. Er zitiert dort Prof. Ziemann, der (in der „Medizin. Klinik") auf das Vorurteil hinweist, das im Volke immer noch gegen Seefische und Weißkäse besteht, die wesentlich billiger sind als Eier, die als Nahrungsmittel viel zu hoch eingeschätzt werden. Nach Arons Zusammenstellung zahlte man Mai 1922 (und das Verhältnis der Preise dürfte sich inzwischen ja nicht so erheblich verschoben haben) für 1000 Kalorien:

Markenbrot	8 M.	Zucker (Ausland)	10 M.
Brot oder Mehl ohne Marken	6 „	Zucker (Inland)	5 „
Kartoffeln	5 „	Für 100 Gramm Eiweiß bei	
Reis	7 „	Quark	12 M.
Margarine	10 „	Buttermilch	14 „
Milch	12 „	Markenbrot	12 „
Butter	20 „	Kartoffeln	20 „
Quark	21—24 „	Milch	26—28 „
Fleisch fett	30 „	Reis	38 „
Fleisch mager	90—1000 „	Fleisch mager	50 „
Eier	50 „	Fleisch fett	75 „
		Eiern	60—70 „

Soweit gut. Herr v. S. in der „Kreuz-Zeitung" ersieht aus dieser Zusammenstellung das folgende:

„Hiernach besteht die zweckmäßigste Nahrung für das Volk aus Markenbrot, Kartoffeln, Margarine, Milch, Quark! Zucker, Salat und Reis wird viel zu wenig gegessen und Gemüse sind leider zu teuer."

Das ist ein offenes Wort am rechten Ort. Nun wissen wir wenigstens, was das Volk essen muß, um lebens- und arbeitsfreudig zu bleiben. Eben all die guten Dinge wie Markenbrot, Kartoffeln, Margarine, Milch, Quark, Zucker, Salat und Reis. Die weniger guten, wie Fleisch, Butter, Eier und sonstigen Delikatessen bleiben für die anderen, die bereits gemästeten, mit der Lebensfreude im Bauch. Inzwischen wird das Volk von all der guten Margarine und den Kartoffeln auch dick und rund und alles lebt herrlich und in Freuden.

Deutsches Volk, jetzt weißt du, was dir gut tut.

Die Wohnungsbauabgabe.

Auf den dreißigfachen Betrag der Friedensmiete festgesetzt.

Die Wohnungsbauabgabe ist, wie das Städtebauamt mitteilt, für die Jahre 1923 und 1924 auf den dreißigfachen Betrag der Friedensmiete festgesetzt worden. So hoch diese Zahl denjenigen erscheint, die diese Beträge aufbringen müssen, so wäre es doch verfehlt, dem etwa aufkommenden Glauben, daß mit diesen Mitteln Erhebliches geschehen kann, nicht entgegenzutreten.

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat übrigens bereits aus Anlaß der Beratung im Reichstag darauf hingewiesen, daß er die Erhöhung auf den sechzigfachen Betrag für unbedingt notwendig erachtet. — Woran liegt es nun, daß trotz der großen Summe, die diese Abgabe einbringen wird, so wenig damit ausgerichtet werden kann? Die Wohnungsbauabgabe eines Jahres soll in Berlin bei dreißigfachem Betrag der Friedensmiete etwa 24 Milliarden einbringen. Es muß aber angenommen werden, daß infolge der Befreiung aus sozialen Gründen höchstens 16 Milliarden eingehen werden. Von diesen im günstigsten Falle zu erwartenden Erträgen sind wiederum etwa ein Drittel zur Sanierung der im Bau befindlichen Wohnungen und ein Drittel zum Ausbau von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden erforderlich. Nur etwa ein Drittel des Istaufkommens kann daher für neue Bauten Verwendung finden. Eine neue Wohnung, die heute begonnen wird, kostet aber mindestens dreißig Millionen Mark. Selbst unter der Annahme, daß vom Erbauer 50 Proz. der Baukosten aufgebracht werden können, wäre es also nur möglich, 450 neue Wohnungen mit diesen Mitteln herzustellen. Diese günstigen Verhältnisse können aber nur dort vorausgesetzt werden, wo sich ein Arbeitgeber an der Aufbringung der Kosten beteiligt. Unter den Berliner Arbeitern und Angestellten dürften kaum solche sein, die 15 Millionen Mark aus eigenen Mitteln aufbringen könnten. Erschwerend für die Neubautätigkeit wirkt ferner der Umstand, daß die Mittel aus der Wohnungsbauabgabe nur sehr langsam eingehen. Den Gemeinden sollen vom Reich Vorschüsse gewährt werden, doch werden diese, soviel bisher darüber verlautet, kaum ausreichen, die zurzeit in Berlin in der Herstellung begriffenen Wohnungen fertigzustellen.

Ein sonderbarer Kauz.

Als ein psychopathisches Rätsel stellt sich der Justizoberiekretär K. dar, der sich in der nächsten Woche vor dem Schwurgericht des Landgerichts III wegen Unterschlagung zu verantworten hat. K., der bei den hiesigen Gerichten beschäftigt war, hat in der Zeit von 1915 bis 1920 Mündelgelder und andere öffentliche Gelder in erheblichem Umfange veruntreut. Da K. nach außen hin äußerst bescheiden auftrat und durchaus nicht in dem Ruf eines Lebemannes stand, stand man vor einem Rätsel, für welche Zwecke er die großen Summen verwendet haben könnte, bis die nähere Untersuchung ergab, daß er ein ganz exzessives, nach innen gerichtetes Sexualleben führte. K. war von einer geradezu wahnsinnigen Anschaffungswut befallen. Man fand bei ihm eine ganze Sammlung von Wörterbüchern der afghanischen, ruthenischen und anderen Sprachen, Sprachen, die er gar nicht beherrscht. In 15 Aktenbänden hatte er Polizeiberichte über Unglücksfälle, sowie Todesanzeigen aller Art gesammelt. Das prägnanteste Moment seiner Sammelwut waren aber viele Tausende obszöner Bilder, für die er den Hauptteil der veruntreuten Gelder verausgabt hatte. Alle diese Bilder waren von der Hand des An-

---

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

78] Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

„Ich möchte im Rasen liegen und Veilchen essen. O, wie gut warst du, mich so hinauszunehmen, Jeanne."

„Du kennst doch gewiß genug feine Damen, mit denen du hättest herausgehen können; du bist ja so gebildet. Wie kommt es, daß du nur ein gewöhnlicher Soldat bist?"

„Guter Gott, ich möchte doch nicht Offizier sein!"

„Es muß doch herrlich sein, Offizier zu sein."

„Will Etienne vielleicht Offizier sein?"

„Der ist ja Sozialist. Das ist 'was anderes."

„Nun, vielleicht bin ich auch einer. Aber sprechen wir von etwas anderem."

Sie kamen an kleinen Villen und Gärten vorbei, in denen gelbe und blaßrote Krokusse blühten. Dann und wann war der Duft von Veilchen in der feuchten Luft zu riechen. Die Sonne war hinter sanften, rötlich-grauen Wolken verschwunden. Gelegentlich strich ein feuchter Wind an ihnen vorbei.

Andrews dachte plötzlich an Geneviève Rod. Seltsam, wie lebendig er sich an ihr Gesicht erinnern konnte, an ihre großen Augen und an ihre seltsame Art zu lächeln, ohne ihre festen Lippen zu bewegen. Wie dumm war es doch gewesen, plötzlich davonzulaufen! Er spürte unvermittelt den Wunsch, wieder mit ihr zu sprechen. Dinge, die er ihr sagen wollte, kamen ihm ins Bewußtsein.

„Nun, schläfst du?" fragte Jeanne und zog ihn am Arm. „Hier sind wir."

Andrews wurde plötzlich rot.

„O, wie schön ist es hier, wie schön ist es hier!" sagte Jeanne.

Als es zu regnen aufhörte, gingen sie über die nassen Felder auf einem Fußpfad, der voll kleiner Pfützen war, die den blauen Himmel und die weißen Wolken reflektierten. Sie gingen langsam, Arm in Arm und preßten ihre Körper aneinander. Sie waren sehr müde, wußten nicht warum und blieben oft stehen, um sich gegen die feuchten Stämme der Bäume zu lehnen. An der Vorortbahnstation saßen sie schweigend, Seite an Seite, auf einer Bank, so versunken in erschlaffter Müdigkeit, daß sie kaum genug Kraft zusammenholen konnten, um einen Platz dritter Klasse zu erklettern. Alle Menschen hatten Veilchen, Krokusse und Zweige mit Knospen in der Hand. Aus den steifen Stadtkleidern der Leute strömte ein Geruch nasser Felder und sprießender Wälder. Alle Mädchen kreischten und warfen ihre Arme um die Männer, wenn der Zug durch einen Tunnel oder unter einer Brücke fuhr. Was auch geschah, alle lachten. Als der Zug in der Station ankam, verließen sie ihn beinahe widerwillig. Andrews und Jeanne gingen den Bahnsteig hinunter, ohne sich zu berühren. Ihre Finger waren schmutzig und klebrig von den vielen Knospen und jungen, saftigen Blättern, die sie zerpflückt hatten. Es fiel fast schwer, die Stadtluft zu atmen nach der frischen Feuchte der Felder.

Sie saßen in einem kleinen Restaurant am Quai Voltaire. Sie fühlten, wie der Wein und die Wärme des Essens neue Kraft in ihre ermüdeten Glieder schickten. Andrews hatte den Arm über ihre Schulter gelegt, und sie sprachen langsam und vertraut, kaum die Lippen bewegend, schauten auf die Paare von Mädchen und Jungens, die an ihnen vorbeischritten, langsam und ruhig sprechend.

„Jeanne," sagte Andrews plötzlich, „Du kommst mit mir?"

„Aber du wohnst doch nicht allein?"

„Mein Freund ist heute nach Brüssel. Er kommt nicht vor morgen zurück."

„Ich nehme an, daß man sogar für sein Essen bezahlen muß," sagte Jeanne malitiös.

„Guter Gott, hör' doch damit auf."

Andrews vergrub sein Gesicht in den Händen. Der singende Fluß, der drunten an den Brücken vorbeibrodelte, erfüllte sein Ohr. Schreien wollte er, verzweifelt schreien. Der wütende Wunsch wie Haß, der sein Fleisch zittern ließ, kroch in seine Hände, ihre Hände zu nehmen und sie zu zerquetschen.

„Komm," sagte er grob.

„Ich wollte dich nicht verletzen," sagte sie mit milder, müder Stimme. „Du weißt, ich bin kein gebildetes Mädchen."

Der grünliche Schein der Lampe beleuchtete den Umriß einer ihrer Wangen, wie sie den Kopf hob, und trat in ihre Augen. Eine sanfte, sentimentale Traurigkeit ergriff Andrews plötzlich; ein Gefühl, als ob er noch ein kleines Kind sei und seine Mutter ihm Geschichten erzähle und er sich ganz hilflos von dem Strom ihrer sanften, erzählenden Stimme fortreiben ließ, fortreiben an irgendeine unbekannte und traurige Küste, ein solches Gefühl ergriff ihn wieder.

Sie begannen zu gehen, über die Pont Neuf nach dem leuchtenden Place Michel hinüber. Drei Namen waren Andrews ins Bewußtsein getreten: Arsinoë, Berenice, Artemisia. Eine Zeitlang riet er an ihnen herum, und dann erinnerte er sich, daß Geneviève Rod große Augen hatte und eine weite, glatte Stirn und feste, kleine Lippen.

„Warum lachst du?" fragte Jeanne.

„Weil die Dinge so verrückt sind."

„Vielleicht meinst du, daß die Menschen verrückt sind," sagte sie und schaute ihn aus den Augenwinkeln heraus an.

„Du hast recht."

Sie gingen schweigend, bis sie Andrews Tür erreichten.

„Geh du zuerst hinauf und sieh nach, ob jemand dort ist," sagte Jeanne in einem fast geschäftlichen Tone.

Andrews Hände waren kalt. Er fühlte sein Herz pochen, während er die Treppe hinauf stieg. Das Zimmer war leer. Ein Feuer war fertiggemacht, um im Kamin angezündet zu werden. Andrews brachte schnell den Tisch in Ordnung und stieß einige schmutzige Wäsche mit dem Fuße unter das Bett. Ein Gedanke kam ihm: genau so hatte er sich benommen, damals auf der Universität, wenn ein Verwandter kam, ihn zu besuchen. Er ging auf Zehenspitzen die Treppe hinunter.

„Du kannst kommen, Jeanne," sagte er.

Sie setzte sich etwas steif in den großen Lehnstuhl neben das Feuer.

„Wie schön das Feuer ist," sagte sie.

„Jeanne, ich glaube fast, ich bin ganz verrückt in dich verliebt," sagte Andrews aufgeregt.

„Wie in der Opéra Comique."

Sie zuckte die Achseln.

„Das Zimmer ist ganz nett," sagte sie. „Aber was für ein großes Bett!"

„Du bist die erste Frau, die hier oben ist, seitdem ich hier wohne, Jeanne. Aber diese Uniform ist furchtbar."

Andrews dachte plötzlich an alle die lebenden Körper, die man in Uniformen wie diese gezwängt, zu Automaten gemacht hatte, an diese ganze häßliche Farce, Menschen in Maschinen zu verwandeln. O, wenn er nur mit einer Bewegung sie alle zum Leben, zur Freiheit und zur Freude befreien könnte! Der Gedanke daran ertränkte alles andere für den Augenblick.

„Aber du hast ja einen Knopf abgerissen!" schrie Jeanne, hysterisch lachend. „Ich muß ihn dir dann nachher annähen."

„Laß doch, wenn du nur wüßtest, wie ich sie hasse!"

„Was für eine weiße Haut du hast. Wie eine Frau! Wahrscheinlich, weil du blond bist," sagte Jeanne.

(Fortsetzung folgt.)

geklagten mit recht charakteristischen Randbemerkungen versehen. Zu der Verhandlung hat Rechtsanwalt Themal eine Reihe Sachverständige laden lassen, die bereits jetzt zu dem Ergebnis gekommen sind, daß der Angeklagte geistig vollkommen abnorm sei.

Aus Rache!

Ein Bild aus dem Großstadtelend.

In die Tiefen der Großstadt leuchtete eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I gegen den Händler Wilhelm Conrad, der wegen Zuhälterei angeklagt war, hinein.

Der Angeklagte hatte schon als 17jähriger Bursche das Unglück gehabt, in die Netze einer separiert lebenden Frau zu geraten, die der gewerbsmäßigen Unzucht oblag. Als sich Conrad von der Frau trennen wollte, erstattete sie, um sich zu rächen, gegen ihn Anzeige wegen Zuhälterei, und Conrad wurde im Jahre 1915 zu neun Monaten Gefängnis sowie Arbeitshaus verurteilt. Nach Verbüßung seiner Strafe meldete er sich freiwillig zum Heer und machte den Feldzug von 1916 bis 1918 mit, wobei er sich tadellos aufführte. Er erwarb das Eiserne Kreuz und wurde wegen Tapferkeit vor dem Feinde zum Unteroffizier befördert. Nach dem Kriege geriet er aber wieder in die alten Kreise und gab sich mit einer Frau ab, die von ihrem Manne getrennt lebte und ebenfalls, wie seine erste Geliebte, ihren Lebensunterhalt durch Gewerbeunzucht verdiente. Im Juli vorigen Jahres trennte er sich von dieser Frau, weil er eine andere Frau fand, die ein Geschäft besaß und er sich diesem Erwerbszweig zuwenden wollte. Sein bisheriges Verhältnis jedoch hatte ein Mann kennen gelernt, der auf dem Gebiete des Diebstahls erprobt war. Sie erstattete ebenfalls aus Rache gegen ihren bisherigen Liebhaber Anzeige und Conrad wurde vom Schöffengericht wegen Zuhälterei im Rückfalle zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Rynarcewski Berufung eingelegt und führten mehrere Personen vor, die bestätigten, daß der Angeklagte zeitweilig einen Handel mit Obst und anderen Gegenständen umherziehend betrieben habe. Ferner wurde unter Beweis gestellt, daß der Angeklagte und dessen Vater die Frau wiederholt ermahnt hätten, von ihrem Lebenswandel zu lassen, daß sie aber stets geantwortet habe, sie könne nicht anders. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf zwei Jahre Gefängnis und rechnete dem Angeklagten fünf Monate auf die Untersuchungshaft an.

Konsumgenossenschafts-Generalversammlungsvertreter! Die im gestrigen „Vorwärts" publizierte Fraktionssitzung findet nicht am Sonntag, 8. April, sondern am Sonntag, 15. April, im bekannten Lokale statt.

Geringe Ermäßigung der städtischen Werktarife. Die Werkdeputation hat mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Kohlenpreisermäßigung mit Wirkung von der Aprilbestandsaufnahme ab die Werktarife folgendermaßen festgesetzt: Gas 1 Kubikmeter 650 M., Elektrizität 1 Kilowattstunde 1050 M., Wasser 1 Kubikmeter 360 M. Die Ermäßigung ist in diesem Umfange vorgenommen worden, obgleich nur die in Deutschland gewonnenen Kohlen im Preise herabgesetzt worden sind. Bei den ausländischen Kohlen, auf die die Berliner Werke zu einem erheblichen Teil angewiesen sind, und den sonstigen Unkosten, wie Löhnen und Gehältern, ist bisher ein Abbau nicht eingetreten. Der Preis für den elektrischen Strom hat etwas stärker als der für Gas und Wasser gesenkt werden können mit Rücksicht auf die größere Ermäßigung der Braunkohlenpreise, die die Grundlage für den Bezug des Fernstromes bilden.

Die eingedrückte Schaufensterscheibe. Gestern abend gegen 6 Uhr drückte der herrschende Ostwind eine der großen Schaufensterscheiben des Kaufhauses A. Jandorf in der Belle-Alliance-Straßenfront im Werte von einer Million ein. Die Spiegelscheibe in einer Größe von 4×5 Meter zersprang unter lautem Krach in unzählige Stücke, welche in den Ausstellungsraum hinein und auf den Bürgersteig flogen. Wie durch ein Wunder wurde keine Person verletzt.

Die Einäscherung des Genossen Martow, dessen Leiche nach Berlin transportiert wird, findet Dienstag, den 10. April, 4 Uhr nachmittags, im Krematorium Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz, statt. Die Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokratie ersucht die Organisationen und Genossen, die sich an der Trauerfeier beteiligen wollen, statt Kranzspenden entsprechende Spenden für die verhafteten und verbannten Sozialisten in Rußland an die Berliner Auslandsvertretung der russischen sozialdemokratischen Partei abzuführen.

Ein Attentat in Rom. Der Sohn des deutschen Botschafters Freiherrn v. Neurath wurde, als er im Garten der Botschaft spazieren ging, von einer Kugel aus einem kleinkalibrigen Revolver in den rechten Unterarm getroffen. Nach ärztlicher Aussage dürfte er in acht Tagen wiederhergestellt sein. Die Polizei stellt Nachforschungen nach den Schuldigen an.

Neuer amerikanischer Flugrekord. Der „Times"-Korrespondent in New York meldet, der amerikanische Fliegermajor Lee Hefferman schlug alle Schnelligkeitsrekorde, indem er 402,250 Kilometer in der Stunde auf der 120 Kilometer langen Strecke zwischen Kolumbus in Neumexiko und Forbils in Texas zurücklegte, die er in 18 Minuten durchfuhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Neukölln. Freitag, den 6. d. M., 7½ Uhr, in der Lessing-Schule. Treffpunkt der Kommission um 8 Uhr.

11. **Kreis Schöneberg-Friedenau.** Sonnabend, den 7. April, 6½ Uhr, im bekannten Lokale, Kreisvorstandssitzung. Die Abteilungsleiter entsenden Vertretung in die Vorständekonferenz.

20. **Kreis Reinickendorf.** Die für Sonnabend nachmittag angesetzte Sitzung des engeren Kreisvorstandes findet wegen der Berliner Vorständekonferenz nicht statt. Die Abteilungsleiter werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Montag, den 9. d. M., eine erweiterte Kreisvorstandssitzung stattfindet.

Heute, Freitag, den 6. April:

5. Abt. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Hehler, Georgenkirchstr. 36.
26. Abt. 7½ Uhr im „Musikalischen Fuchs", Jostystraße, Sitzung sämtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.
77. Abt. **Schöneberg.** 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Will, Martin-Luther-Straße 69. 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Vortrag des Genossen Friedländer. 3. Verschiedenes.

Morgen, Sonnabend, den 7. April:

24. Abt. Die Einäscherung des Genossen Johann Zumba findet nachmittags 4½ Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.
30. Abt. 7 Uhr Funktionärsitzung in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3.
47. Abt. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Rovorius, Adalbertstr. 19. Die Betriebsvertrauensleute müssen auch erscheinen.

Charlottenburg. 52. Abt. 8 Uhr Funktionärsitzung im Lokal Lau, Kaiserin-Augusta-Allee 41. — 56. Abt. 7½ Uhr Funktionärversammlung bei Schneider, Holtzendorffstr. 14.

119. Abt. **Lichtenberg.** 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Sieke, Möllendorffs-, Ecke Ritterautstraße.
131. Abt. **Niederschönhausen.** 8 Uhr Funktionärkonferenz bei Klindt, Friedensplatz.

•

Achtung, Abteilungen! Montag, 9. April, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, erste Zusammenkunft aller Abteilungs-Mietervertreter. Jede Abteilung muß durch einen mit Legitimation versehenen Genossen vertreten sein.
Der Bezirksvorstand.

Arbeitersport.

M. S. V., Südwest-Bezirk. Vertretertag am Sonnabend, den 7. April, 7 Uhr, bei Rathmann, Berlin, Wilhelmstr. 119.

Staffellauf „Rund um den Friedrichshain". Meldeschluß: 8. April. Da am gleichen Ort und Tag auch ein bürgerlicher Verein einen Staffellauf veranstaltet, appellieren wir an die Solidarität aller Arbeiterturner und Sportler, zwecks zahlreicher Beteiligung. Die Unterstützung unserer eigenen Frauen- und Männerabteilung betrachten wir angesichts des bürgerlichen Gegners als Pflicht. Auskunft: Geschäftsstelle Fichte-Ost, Walter Wächter, Brunnenstr. 83.

Wetter bis Sonnabend mittag. Kühl, trocken und vielfach heiter, aber unbeständig, frische östliche Winde.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend. Geschäft ruhiger. Fische knapp, Geschäft rege. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

•

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende **Kleinhandelspreise:**

Rindfleisch 3300—3700 M., ohne Knochen 3700—4700 M. **Schweinefleisch** 3500—5100 M. **Kalbfleisch** 2700—4200 M. **Hammelfleisch** 3000 bis 4500 M. **Schellfisch** 800—1500 M. **Kabeljau** 900—1700 M. **Seelachs** 1000—1500 M. **Grüne Heringe** 550—750 M. **In Eis: Schleie** 2500 bis 3200 M. **Hechte** 1800—2700 M. **Plötzen** 800—1050 M. **Lebende Schleie** 3800—4500 M. **Hechte** 2700—3500 M. **Bleie** 2000—2400 M. **Naturbutter** 8800—9300 M. **Margarine** 2600—3500 M. **Schweineschmalz** 3500 bis 3700 M. **Weizenmehl** 850—900 M. **Graupen** 850—900 M. **Haferflocken** 1000—1100 M. **Weißkohl** 140—220 M. **Wirsingkohl** 230—300 M. **Blumenkohl** 1000—2000 M. der Kopf. **Mohrrüben** 100—120 M. **Rosenkohl** 1300—1400 M. **Spinat** 700—850 M. **Kartoffeln** 370—420 M. 10 Pfund.

Jugendveranstaltungen.

Werbebezirk Prenzlauer Berg. Morgen, Sonnabend, den 7. April, findet im Jugendheim, Oderberger Straße (Badeanstalt), die Fortsetzung der Werbebezirksvorständekonferenz statt. Anfang ½8 Uhr. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

Werbebezirk Kreuzberg. Morgen, Sonnabend, den 7. April, findet im Jugendheim eine Werbebezirksvorständekonferenz statt. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

Werbebezirk Westen. Am Sonntag, den 8. April, vormittags ½9 Uhr, findet im Jugendheim, Charlottenburg, Rosinenstr. 4, eine Funktionärkonferenz statt. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

Heute, Freitag, den 6. April, Jahreshauptversammlungen:

Adlershof: Jugendheim Bismarckstr. 12. — **Britz:** Jugendheim Chausseestraße 48. — **Buchholz:** Jugendheim bei Rosiack, Hauptstraße. — **Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstr. 4. — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Gemeindeschule Gothenburger Str. 2. Vortrag: „Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Jugend". — **Halensee:** Jugendheim Joachim-Friedrich-Str. 36. — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. — **Lichtenrade:** Jugendheim Schule Kronstraße. — **Luisenstadt:** Jugendheim Gemeindeschule Stallschreiberstraße. — **Moabit:** Jugendheim Gemeindeschule Waldenserstr. 21. — **Neukölln II:** Jugendheim Nogatstr. 38. Vortrag: „Schule und Leben". — **Niederschönhausen:** Jugendheim Gemeindeschule Blankenburger Str. 69—70. — **Norbring:** Jugendheim Gemeindeschule Scherenbergstraße. — **Petersburger Viertel:** Jugendheim Gemeindeschule Ebertystraße 16. — **Pankow:** Jugendheim Breite Str. 32. — **Rosenthal:** Jugendheim Volksbadeanstalt Viktoriastraße. — **Rosenthaler Vorstadt:** Jugendheim Gemeindeschule Gipsstraße. Vortrag: „Die politische Lage". — **Schöneberg I:** Jugendheim Rubens-, Ecke Hauptstraße. Vortrag: „Die französische Revolution". — **Steglitz:** Jugendheim Holsteinische Straße. — **Süden:** Jugendheim Badeanstalt Bärwaldstraße. — **Köpenicker Viertel:** Jugendheim Gemeindeschule Manteuffelstraße 6—7. — **Tegel:** Jugendheim Bahnhofstr. 13.

Quittung.

Bisher wurden weitere vom Betriebssekretariat herausgegebene Kampffondslisten eingeliefert:

Wilhelm Robbert L. 3089 18 850 M., Klavierarbeiter L. 3589 500 M., Zwirtusch L. 2588 375 M., L. 2589 1150 M., L. 2591 950 M., L. 2592 1285 M., L. 2593 3330 M., L. 2594 900 M., L. 2595 1500 M., L. 2596 910 M., L. 2597 410 M., L. 2598 1170 M., L. 2599 330 M., L. 2600 475 M., L. 2601 725 M., L. 2602 850 M., L. 2603 150 M., L. 2606 1000 M., L. 2607 1000 M., Fischer, Wilhelmstraße, L. 2300 80 M., Siemens-Konzern L. 2505 280 M., L. 2506 740 M., L. 2507 880 M., L. 2508 765 M., L. 2509 350 M., L. 2510 500 M., L. 2511 600 M., L. 2512 140 M., L. 2513 295 M., L. 2514 1825 M., L. 2515 280 M., L. 2516 60 M., L. 2517 605 M., L. 2518 315 M., L. 2519 190 M., L. 3384 300 M., L. 3401 100 M., L. 3403 700 M., L. 3408 1520 M., L. 3404 2000 M., L. 3413 165 M., L. 3414 160 M., L. 3428 2500 M., L. 3430 910 M., L. 3431 1500 M., L. 3438 600 M., Ludwig L. 3333 300 M., L. 3334 600 M., L. 3730 380 M., Allgemeine Ortskrankenkasse L. 3301 700 M., L. 3302 438 M., L. 3303 400 M., L. 3304 1900 M., L. 3305 770 M., L. 3306 900 M., L. 3308 1600 M., L. 3730 1500 M., L. 3731 4620 M., L. 3732 2180 M., L. 3733 5850 M., L. 3734 1715 M., L. 3735 2895 M., L. 3736 1850 M., L. 3737 750 M., L. 3738 4200 M., L. 3739 880 M., L. 3740 740 M., L. 3741 220 M., L. 3744 1350 M., L. 3745 880 M., L. 3746 1800 M., L. 3760 1150 M., L. 3761 1500 M., Gemeinde- und Staatsarbeiter L. 3506 330 M., L. 3507 900 M., L. 3508 700 M., Gesamt L. 3688 6250 M., Deutscher Eisenbahnerverband L. 3526 156 M., L. 3527 406 M., L. 3528 267 M., L. 3902 1045 M., L. 3903 340 M., L. 3904 1285 M., L. 3905 3500 M., L. 3906 349 M., L. 3907 305 M., L. 3908 314 M., L. 3909 755 M., L. 3910 455 M., L. 3911 200 M., L. 3912 500 M., L. 3913 850 M., L. 3914 230 M., L. 3915 385 M., L. 3916 940 M., L. 3917 2280 M., L. 3918 370 M., L. 3919 985 M., L. 3921 435 M., L. 3922 817 M., L. 3923 360 M., L. 3924 130 M., L. 3925 290 M., L. 3926 550 M., L. 3927 300 M., L. 3928 205 M., L. 3930 1250 M., L. 3931 90 M., L. 3932 100 M., L. 3933 870 M., L. 3934 1165 M., L. 3935 1368 M., L. 3936 250 M., L. 3937 905 M., L. 3938 500 M., L. 3939 475 M., L. 3940 320 M., L. 3941 605 M., L. 3942 1070 M., L. 3944 590 M., L. 3945 835 M., L. 3946 1150 M., L. 3948 750 M., L. 3949 1415 M., L. 3950 294 M., L. 3951 460 M., L. 3952 790 M., L. 3953 670 M., L. 3954 415 M., L. 3955 483 M., L. 3956 516 M., L. 3957 355 M., L. 3959 290 M., L. 3961 223 M., L. 3962 599 M., L. 3963 730 M., L. 3964 1065 M., L. 3965 298 M., L. 3966 445 M., L. 3967 575 M., L. 3968 436 M., L. 3969 810 M., L. 3970 490 M., L. 3971 3850 M. Summa 144 858 M. Bisher veröffentlicht 572 121 M. Insgesamt 716 979 M.

Gezeichnete Listen können täglich in der Zeit von 9—5 Uhr im Betriebssekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., abgerechnet werden.
A. Holz.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 6. April, 7½ Uhr abends, im Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34—36 (Nähe Bahnhof Friedrichstraße). Genosse Geyer spricht zu dem Thema „Pazifismus und Bauernschaft".

Monistenbund. Am Freitag, den 6. d. M., abends ½8 Uhr, spricht Herr Dr. Robert Potonié über das Thema „Was sagt uns das Leben der Vorzeit über die Entwicklungsgeschichte" (mit Lichtbildern) in der Aula des Werner-Siemens-Realgymnasiums, Hohenstaufenstr. 47—48. Freitag, den 13. April, Fortsetzung dieses Vortrages.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Steglitz. Freitag, den 6. April, abends 7 Uhr, in einem Klassenzimmer des Gymnasiums (Heesestraße), Mitgliederversammlung. Gäste sind willkommen.

Ortsgruppe Berlin der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands". Sonnabend, den 7. April, vormittags 10½ Uhr, im Jugendheim („Vorwärts"-Gebäude), Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Schulpolitische Tagesfragen (Oberstadtschulrat Genosse Paulsen und Genosse König, M. d. L.). 2. Die organisatorische Zusammenfassung der Arbeitsgemeinschaften der Provinz (Genosse Dr. Lohmann). 3. Wünsche und Anregungen.

Proletarisches Kultur-Kartell Berlin-Brandenburg. Sonnabend, den 7. April, abends ½8 Uhr, Fortsetzung des Kursus über „Bürgerliche und proletarische Kultur" in der Schule Gipsstr. 23a.

2. 878
Trinke Quieta!
Das Geheimnis berühmter Kaffeeküchen.
212.

Für die vielen Beweise aufrichtig. Teilnahme sowie für die rege Beteiligung bei der Feier zur Einäscherung meines unvergeßlichen Gatten, unseres lieben, treusorgend. Vaters allen Freunden und Bekannten unseren
innigsten Dank.
Frau Luise Schenk
nebst Sohn u. Tochter.

Für
15000 Mark
wöchentlich
erh. Sie bei 11. Anz.
einzelne
Möbel
jeder Art
preiswert und gut
Barthel
Zorndorfer Str. 54
nah. Tiergartenstr. Allee

Teilzahlung
Möbel, Teppich, Polsterwaren
Petersburgerstr 23 I

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Willi Grunow
am 2. April gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 6. d. M., nachm. 4½ Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße, statt.
Unser Kollege, der Silberpolierer
Paul Linsener
ist am 3. April gestorben.
Die Einäscherung findet am Montag, den 9. April, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Möbel
gegen bar und Teilzahlung
jetzt sehr billig.
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, ferner Einzelmöbel,
moderne Küchen, Schränke, Bettstellen.
Bis zum 16. d. M. ganz besonders günstige Zahlungsbedingungen.
Beiser Lothringer Str. 67

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend
Trauringe
ges. gesch
1 Ring Dukatengold v. M. 23000 an
1 Ring 585 gestempelt v. M. 17000 an
1 Ring 333 gestempelt v. M. 10000 an
Einfache Ringe 4300 Mk.
H. Wiese, Juwelier Berlin N, Artilleriestr. 30 / Berlin W, Passauer Str. 12
Bitte auf Hausnummer achten.
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Anfragen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt
Telegr.-Adr. Trauringkanone Berlin.

Garderobe
auf sehr bequeme Teilzahlung
bei geringer Anzahlung
Herren- Anzüge, Schlüpfer, Ulster
Damen- Mäntel, Kostüme, Kleider, Röcke
Regenmäntel
Sehr billige Preise!
Gebr. Kassner Bülowstr. 6 am Nollendorfpl.

Korsette
Verkauf
Reparatur, Maßanfertigung
Fr. L. Bungartz,
Neukölln, Boddinstr. 31.

Inserate
im
Vorwärts
verbürgen
Erfolg!

Verkäufe

Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße, verkauft Anzüge 45 000.—, Sommerschlüpfer 65 000.—, Gummimäntel 51 000.—, Kreuzfüchse 17 000.—, Blaufüchse, Wölfe. Alle Waren Hälfte herabgesetzt. Keine Lombardware.

Bettwäsche! Außerordentlich billige Aussteuertage bis 7. Deckbettbezüge 9800.—, Bettlaken 6500.—, Wäschestoffe 1800.—, Doppelgarnituren 32 000.—, Inletts 22 500.—, Handtücher, Ueberschlaglaken, Damast billigste Engrospreise. Reelle, fachmännische Bedienung. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik Gräfestraße neununddreißig (Hasenheide), Brunnenstraße 16 (Rosenthalerplatz), Spandau, Potsdamerstr. 20.

Bettwäsche! Bettbezüge 10 300.—, Bettlaken 6800.— an. Prima Hemdentuch 2450.—, Ueberschlaglaken, Paradekissen, Inlette, Wäschestoffe, Damast, Dimiti, Hemdtücher, Tischwäsche, nur beste Qualitäten, enorm billig. Fachmännische, zuvorkommende Bedienung. Stumpe u. Jäger, größte Bettwäsche-Spezialfabrik, Kottbuserdamm dreiundsiebzig, Landsbergerstraße achtundachtzig, Dresdenerstraße dreiunddreißig, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße siebenunddreißig.

Teppiche, herrliche Persermuster, Diwandecken, Brücken, billige Gelegenheit. Reschke, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 5 III. 181/17*

Versuch macht klug! „Leihhaus" Brunnenstraße 5, Firma achten! Täglich großer Verkauf maßmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Hosen. Riesen-Auswahl. Pelzwaren: Gehpelze, Sportpelze konkurrenzlos billig! Keine Lombardware.

Gelegenheitskäufe: Bettwäsche, fertige Betten spottbillig. Handtücher, Damenwäsche. Riesenauswahl. Teppiche, Gardinen, Brücken, Diwandecken, Bettdecken, Tischdecken. Preissicherung durch Anzahlung. Auszahlungsfrist 1 Monat ohne Preiserhöhung. Keine Lombardware. Wäschehof, Leihhaus, Moritzplatz 58a.

Pelzwaren 50 Prozent herabgesetzt! Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Pelzmäntel, Katzenjacken, Sportpelze, Gehpelze, ferner Herrenanzüge, Schlüpfer, Kostüme, Mäntel verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Lederwaren. Damen-Handtaschen, Brief-, Geldscheintaschen, Akten-Mappen, Reisekoffer, Sportartikel zu außerordentlich ermäßigten Preisen. Oranienstraße 207, Laden.

Weingartens Pfandleihe, Brunnenstraße 83, verkauft billig erstklassige Monatsgarderobe, Gehrockanzug, Jackettanzug, Cutawayanzug, Rockpaletots, Schlüpfer. 88/1

Möbel

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw. Große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Metallbetten 30 000.—, Chaiselongues 40 000.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstelle. Weiß, Auguststraße 8a, Quergebäude.

Chaiselongues, Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Möbel aller Art kauft man billig im Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbellinerstraße. 2204b*

Möbel (auch Teilzahlung), komplette Zimmer, Einzelmöbel, Metallbetten Wenger, Marsiliusstr. 8 (Alexanderplatz).

Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 54. Gelegenheitskäufe in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelmöbeln, neu und gebraucht. Stube und Küche, 16 Teile, spottbillig. Komplette Küchen von 95 000.—. Nur solange Vorrat.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Kaufgesuche

Prismenferngläser 08, Feldstecher, Photoapparate, Mikroskope, Brillanten kauft Wertzentrale, Oranienstr. 138.

NOS-Zinnschmelze kauft Lötzinn, Geschirrzinn, Weichblei und sämtliche Metalle. Andreasstraße 49.

Felleinkauf. Suche dringend Schaffelle, Roßhaare, Zickel, Hasen 4000.— Most, Woldenbergerstraße 2, zwei Minuten vom Bahnhof Weißensee. Alexander 1857.

Kaufe alle Arten Säcke, Packleinwand, Nähgarn. Zillr, Swinemünderstraße 7. Humboldt 489.

Perser und deutsche Teppiche kauft höchstzahlend Reschke, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 5. Tel. Neukölln 8123.

Feldstecher, feldgraue oder 08, kauft Rose, Gollnowstr. 16.

Säcke, höchstzahlend! Packleinen, Garne kauft Märkische Sackhandlung, Georgenkirchstraße 58. Lützow 8081, Königstadt 3802.

Möbeleinkauf, Wirtschaften, Nachlässe, Klaviere, Teppiche, Einzelmöbel, Küchen, Woldenbergerstr. 2. Alexander 1857.

Zahngebisse bis 780 000.—, Platinabfälle, Silberbruch, Quecksilber, Altmetalle, Schlesischestraße 39 (Hochbahnstation), sowie Köpenickerstraße 29 (nahe Adalbertstraße), „Goldschmelze Christionat". Fahrtvergütung!

Geschäftsankäufe

Flüchtlinge suchen dringend Existenzgeschäfte, Grundstücke. Degen, Chausseestraße 116, Potsdamerstraße 42. Unniken: Norden 62, Neukölln 3636.

Werkzeuge u. Maschinen

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Rösler, Friedrichsgracht 5—6.

Motor, Schellack, Leim, Tischlerwerkzeug, Tischlereimaschinen kauft Ernst, Oranienstr. 166, III.

Nägel, Maschinenschrauben, Holzschrauben kauft Krause, Wichertstraße 40.

Kugellager kauft höchstzahlend Elbingerstraße 9 (Ringbahnhof Landsberger-Allee).

Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen kauft höchstzahlend Pilz, Reinickendorferstraße 95, Hof parterre.

Verschiedenes

Untersuchung. Hebamme Opitz, ärztliche Aufsicht. Neue Königstraße 57, Alexanderplatz. 1336*

Spezialist für Wohnungsrecht (Räumung, Beschlagnahme, Zwangsvertrag), Gerichtstraße 21 (Nettelbeckplatz). Sprechstunden 4—6.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Tüchtigen Schmied auf Gitterarbeiten stellt ein H. Scherbel, Weißensee, Lehderstraße 42. 2901b

Verkäuferin für Hüte und Herrenartikel, auch für meine Filiale Warschauerstraße, sucht per bald oder später Hermann Zimmer, Neukölln, Hermannstraße 118. 198*

Für Duisburg a. Rh.
Politischer Redakteur
erste Kraft, zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerbungen sind bis spätestens 16. April an den Verlag der „Volksstimme" in Duisburg zu richten. 185/7

Vorwärts-Austräger
Frauen und **Männer**
werden sofort eingestellt:
Berlin: Zimmerstraße 24(?)
Neukölln: Siegfriedstr. 28/29
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Straße 18

Suche für meine Aluminium- und Metallgießerei einen tüchtigen, zuverlässigen u. gewissenhaften
Former und Gießermeister,
ev. Former, der befähigt ist, einem derartigen Posten vorzustehen. Spezialist auf Aluminiumguß für den Automobil-, Flugzeug- und Motorenbau bevorzugt. Ausführliche Bewerbungen mit Angabe bisheriger Tätigkeit, sowie Aufgabe von Referenzen unter M. 39 an die Hauptexped. des Vorwärts.